

Ökologische Plattform
bei der Partei
DIE LINKE

Beiträge

zur

Umweltpolitik

Götz Brandt und Wolfgang Borchardt

Klimagerechtigkeit

Heft 28

DIE LINKE.

1. Aufl. (2019); Hrsg.: Ökologische Plattform bei der Partei
DIE LINKE 2019

Redaktion und Gestaltung:
Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
oekoplattform@die-linke.de
www.oekologische-plattform.de

Berlin, Oktober 2019

Beiträge zur Umweltpolitik Heft 28

Klimagerechtigkeit

Götz Brandt, Wolfgang Borchardt

1. Auflage 2019

**„Von allen Risiken ist es bei der Umwelt am
offensichtlichsten, dass die Welt in eine
Katastrophe nachwandelt“**

(Studie Caritas Klimagerechtigkeit 2009)

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
2019

Inhalt

Vorwort.....	4
1. Klimawandel oder Klimakrise?.....	5
2. Was ist objektiv notwendig, um die Erderhitzung zu stoppen?.....	8
Wirtschaftsweise.....	10
Lebensweise.....	10
Politik.....	12
3. Klimagerechtigkeit als Politikfeld.....	13
4. Die Entwicklung der Bewegung für Klimagerechtigkeit.....	15
Aktive in der Bewegung für Klimagerechtigkeit.....	16
internationale Netze.....	16
Fazit.....	17
5. Die Klimapolitik der Parteien im Bundestag und der Gewerkschaften.....	17
6. Wirtschaft und Erderhitzung.....	19
Kapitalistische Wirtschaft – Ursache von Erderhitzung und Ungerechtigkeit.....	19
Rückwirkungen der Erderhitzung auf die Wirtschaft.....	21
Fazit:.....	21
7. Ausbeutung fossiler Brennstoffe führt zur Ungerechtigkeit.....	22
8. Anpassung: Auswirkungen der kommenden Heißzeit treffen Unschuldige zuerst.....	24
9. Klimaflüchtende.....	27
LINKER politischer Standpunkt.....	30
„Klimakatastrophe“.....	30
10. Erderhitzung und soziale Frage.....	32
Positionen der Think-Tanks.....	32
11. Klimagerechtigkeit in Europa.....	34
Soziale Spaltung.....	35
12. Zusammenfassung: Linke Forderungen.....	36
13. Literatur.....	38

Tabellenverzeichnis.....	41
Abbildungsverzeichnis.....	41
Autoren.....	41
Prof. Dr. agr. habil. Dr.-Ing. Götz Brandt.....	41
Wolfgang Borchardt.....	41
Übersicht über „Beiträge zur Umweltpolitik“.....	42
Zielstellung der Beiträge.....	42
Bisher erschienen.....	42

Vorwort

Die Ökologische Plattform will mit dieser Broschüre einen Beitrag zur Diskussion auf dem Politikfeld Klimagerechtigkeit leisten. Hier werden die seit Jahren von zahlreichen NGOs erarbeiteten Standpunkte und politischen Forderungen kritisch hinterfragt und daraus abgeleitet linke Standpunkte zum Problem formuliert.

In der UN-Klimarahmenkonvention von 1992 wurde gefordert, dass Industrieländer eine höhere Last bei der Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen zu tragen haben als die sogenannten Entwicklungsländer. Diese Vorstellung von Klimagerechtigkeit als zwischenstaatliche Lastenverteilung greift zu kurz und blendet viele Probleme aus. Insbesondere fehlt die Verknüpfung von Klimagerechtigkeit mit sozialer Gerechtigkeit.

Die Problematik auf diesem Politikfeld wurde von T. Müller treffend dargestellt: *„Erstens werden jene sozialen Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet, die die bestehenden Ungleichheiten hinsichtlich der Klimaverursachung, Krisenbetroffenheit und die damit verbundenen Handlungsspielräume erst hervorgebracht haben und weiterhin reproduzieren; sie stellen zweitens dass fossile Energiesystem mit seinen zentralistischen Versorgungsstrukturen, auf dem die Emissionen beruhen, nicht infrage; drittens bleibt der Aspekt der prozeduralen Gerechtigkeit im Sinne der demokratischen Teilhabe an klimapolitischen Entscheidungsprozessen unberücksichtigt; viertens werden soziale Ungleichheiten unterhalb der Ebene des Nationalstaates nicht beachtet und fünftens finden hegemoniale Produktion- und Konsummuster als konstitutive Bestandteile von Klimagerechtigkeit keine Berücksichtigung“* (Müller, T. 2015). Besser kann man die Themenkomplexe kurz gefasst nicht darstellen, die auf diesem Politikfeld bearbeitet werden müssen.

Es kommt darauf an, politisch eine „Klimahaftung“ durchzusetzen, gegenüber den Unternehmen, die von fossilen Rohstoffen profitiert haben und noch immer profitieren, gegenüber unserer Generation, die ihren Lebensstil nicht ändern will, gegenüber den Ländern, die ihre Verpflichtungen im Rahmen der Pariser Klimakonferenz nicht einhalten und weiterhin fossile Brennstoffe ungebremst verfeuern. Diese Versäumnisse und Weigerungen können bei der Jugend zur berechtigten „Klimawut“ führen.

Prof. Dr. habil., Dr.-Ing. Götz Brandt

Mitglied im Bundessprecher*innenrat der Ökologischen Plattform bei der LINKEN

1. Klimawandel oder Klimakrise?

Viele Begriffe im Zusammenhang mit dem „Klimawandel“ bagatellisieren die Probleme. Wärme ist ein durchgehend positiv besetztes Wort. Wenn wir es im Winter warm haben, geht es uns gut, wir frieren nicht. Hitze und Kälte können unangenehm sein, Wärme ist aber etwas Gutes, das immer da sein kann. Wenn es etwas wärmer wird, dann ist es noch nicht heiß, eben nur ein bisschen wärmer. Der Begriff Erwärmung wird in der Alltagssprache eigentlich selten benutzt. Wir erwärmen unsere Wohnung nicht, sondern wir drehen die Heizung an. Allerdings können wir uns für eine Sache erwärmen als emotionale Erwärmung. Wir können uns für Ideen erwärmen, wenn wir sie mögen. Unser Herz erwärmt sich, wenn wir unsere Liebste sehen oder unsere Kinder. Es gibt eine sprachliche Verbindung von erwärmen und positiven Gefühlen (Wehling, E. 2016).

„Das Konzept der globalen Erwärmung ist also durch und durch ungeeignet, den zu erwartenden Temperaturanstieg und die daraus entstehenden Gefahren und Handlungsnotwendigkeiten darzustellen“ (Wehling, E. 2016).

Die globale Temperaturerhöhung ist seit der Industrialisierung gemessen worden. In den letzten 50 Jahren hat sich der Anstieg der Welt-Durchschnittstemperatur gegenüber den vergangenen 100 Jahren verdoppelt, menschengemacht. Diese bereits angestoßene Erhitzung wird für die nächsten 1000 Jahre unumkehrbar sein, selbst wenn die Treibhausgas-Emissionen abrupt gestoppt würden. Der Begriff der „Erwärmung“ ist daher viel zu harmlos und lenkt von den gefahrdrohenden Tatsachen ab. Wir sollten eher von „**globaler Erhitzung**“, „**Klimaerhitzung**“ und „**Erderhitzung**“ sprechen, um die Tatsachen richtig darzustellen. Wir verwenden den Begriff „Erderhitzung“.

Da mit „Klimawandel“ keine negativen Emotionen verknüpft werden, haben viele Menschen keine adäquate Angst davor. Doch was mit dem Weltklima auf lange Sicht passiert, wenn wir den Kipppunkt 2°C Erhitzung übertreten, hat der Weltklimarat hinreichend zur Kenntnis gebracht. Der letzte Bericht des Weltklimarates (IPCC) ist kristallklar: Die Emissionen müssen innerhalb von 12 Jahren um 45 % reduziert werden, um die Erderwärmung bei 1,5 °C zu stabilisieren (Extinction rebellion, 2019). Es kann nämlich zur „Klimaverschlechterung“, zur „**Erderhitzung**“, zur „**Selbstverbrennung**“ – also zur **Klimakrise** – kommen (Schellnhuber, H. J. 2016).

Wieso treten wir jetzt in die Klimakrise ein? Vor dem 2. Weltkrieg waren die Auswirkungen der Industrialisierung in den USA und Europa noch nicht besorgniserregend. Erst während und nach dem Krieg wurde die industrielle Massenproduktion nach dem fordistischen System in den entwickelten Ländern durchgängig eingeführt. Im Gefolge des unerhört raschen Wachstums der kapitalistischen Produktion in den letzten 80 Jahren werden die Grenzen der Naturbeanspruchung immer sichtbarer. Erst seit Ende des Zweiten Weltkrieges sind 85 % des Kohlendioxids in die Atmosphäre gelangt, das Menschen erzeugt haben. Das CO₂ wird gegenwärtig 100 Mal so schnell wie zu jedem anderen Zeitpunkt in der Geschichte vor Beginn der Industrialisierung in die Luft geblasen (Heartfield, G. 2018).

Naturschranken behindern das Wirtschaftswachstum immer mehr. Vor rund 50 Jahren hatte der erste Bericht des Club of Rome über die Endlichkeit der Ressourcen und der Senken für Abfall und Schadgase die Unternehmer und Regierungen aufgeschreckt. Doch das hielt nur für kurze Zeit an und man ging wieder zum Business as usual über: Wirtschaftswachstum, Ausbeutung der Natur, Ausbeutung der Menschen, Übernutzung der Erde.

Insbesondere durch die anwachsende Nutzung der fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas steigt der Ausstoß von Kohlendioxid progressiv an. Gegenüber den 1960er Jahren mit jährlichem Anstieg von 0,9 ppm hat sich in diesem Jahrzehnt der Anstieg mehr als verdoppelt. Der CO₂-Anteil in der Luft stieg vom vorindustriellen Zeitalter mit 280 ppm Kohlendioxid-Konzentration auf Werte von über 400 ppm im Jahre 2018. Die zulässige Grenze für die Erderhitzung um 2 °C liegt bei 350 ppm und wurde bereits 1988 überschritten. Das Problem besteht darin, dass das Klimasystem sehr lange Reaktionszeiten hat und sich die meteorologischen Auswirkungen erst um Jahrzehnte bis Jahrhunderte verspätet und zunächst (möglicherweise) in weit entfernten Gebieten der Erde zeigen. Schon jetzt ist der bisherige Temperaturanstieg innerhalb der kommenden Jahrhunderte unumkehrbar und die Erhitzung gerät außer Kontrolle. Werden die fossilen Energieträger weiter so wie bisher verbrannt – was beim Kurs der Regierungen und der Wirtschaft zu erwarten ist – dann steigt die Klimagaskonzentration bis 2050 auf 685 ppm. Bis zum Ende des Jahrhunderts wird dann eine Steigerung der Durchschnittstemperatur der Erde um 5,3 °C erreicht. In den Zentren der Kontinente werden Dauertemperaturen von über 50 °C zu erwarten sein. Menschliches und tierisches Leben ist unter diesen Bedingungen nicht mehr möglich. Doch auch in Deutschland werden Sommer-trockenheit und Hitze sowie Jahrhundertfluten zur Regel.

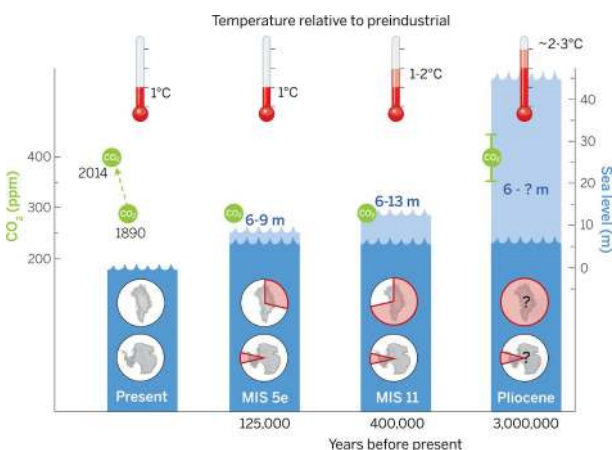


Abbildung 1: Zusammenhang zwischen CO₂-Konzentration, Temperaturerhöhung und Meeresspiegelanstieg (Dutton, A. 2015)

Durch das Schmelzen des Grönlandeises wird der Meeresspiegel nach und nach um 6 m steigen. Allein der Anstieg bis zum Ende des Jahrhunderts um 1,2 m, möglicherweise sogar um 2,5 m (Dennis, B. 2016) würde die Wohngebiete von ca. 800 Millionen Menschen¹ überschwemmen. Der Anstieg des Meeresspiegels würde Jahrhunderte lang weiter gehen und bei 2° Erwärmung könnten 6 m Anstieg erreicht werden (siehe Abb. 1). Prof. Schellnhuber vom Potsdamer Klimafolgenforschungsinstitut befürchtet eine mittlere Temperaturerhöhung um 8 °C. In diesem Fall stiege der Meeresspiegel durch Schmelzen des Eises der Antarktis um 12 m. Fast alle Metropolen in der Welt in Meeresnähe wären betroffen.

¹ 10 % der Weltbevölkerung

Neben dem Meeresspiegelanstieg wird es als Folge der Erderhitzung weitere Effekte geben, die diese weiter beschleunigen²: geminderter Albedoeffekt an den Polen durch Packeis schmelze, Methan-Freisetzung aus dem Permafrostboden und wärmere Ozeane, die zur Zeit etwa 30 bis 50 % des erzeugten Kohlendioxids binden, werden als Kohlendioxidspeicher ausfallen.

Die Erderhitzung muss also sofort gestoppt, der Kohlendioxid-Ausstoß auf Null gebracht werden, wenn künftigen Generationen noch eine lebenswerte Umwelt hinterlassen werden soll. Das ist durch Appelle an bewusstes klimagerechtes Handeln allein nicht zu erreichen. Aufgabe der Politik ist es, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.



2 Die Kombination sich selbst verstärkender Prozesse wird „positive Rückkopplung“ genannt.

2. Was ist objektiv notwendig, um die Erderhitzung zu stoppen?

Der Weltklimarat gibt das globale CO₂-Restbudget für das 1,5-Grad-Ziel in seinem 2018er Sonderbericht mit 420 Gigatonnen an. Wenn sich der Ausstoß klimawirksamer Gase nicht verringert, wäre dieses Budget in maximal zehn Jahren aufgebraucht. Pro Erdenbürger und Jahr dürften demnach nicht mehr als zwei Tonnen CO₂ emittiert werden.

Es kommt also darauf an, die klimaschädlichen Emissionen innerhalb von zehn Jahren zu beenden. Doch die Verantwortung dafür ist weltweit ungleichmäßig und insofern ungerecht verteilt. Die Ungerechtigkeit zwischen den Industrienationen und den Nationen des Globalen Südens und die Ungerechtigkeit zwischen den Menschen unterschiedlicher Einkommenshöhe kommt am besten im Maß des Kohlendioxidausstoßes je Einwohner eines Landes zum Ausdruck, der aber die erheblichen Unterschiede zwischen den Menschen in einem Land nicht zum Ausdruck bringt.

CO₂-Ausstoß je Kopf und Jahr in Tonnen im Jahr 2016 (Statista, 2019) nach Angaben der IEK.

Katar	30,77	Malaysia	6,93
Vereinigte Emirate	20,69	Norwegen	6,78
Saudi Arabien	16,34	China	6,57
Australien	16,0	Neuseeland	6,45
USA	14,95	Griechenland	5,85
Kanada	14,91	Großbritannien	5,65
Südkorea	11,4	Italien	5,37
Russland	9,97	Spanien	5,14
Niederlande	9,23	Schweiz	4,53
Japan	9,04	Frankreich	4,38
Deutschland	8,88	Mexiko	3,64
Finnland	8,28	Brasilien	2,01
Südafrika	7,41	Indonesien	1,74
Österreich	7,19	Indien	1,57

Tabelle 1: Schadgas-Fußabdruck pro Kopf und Jahr nach Ländern

Tabelle 1 zeigt, dass fast alle Länder ihren zulässigen Schadgas-Fußabdruck von 2 t/a und Kopf überziehen und somit zur absehbaren Klimakatastrophe beitragen. Unter den hoch industrialisierten Ländern fällt auf, dass die Schweiz durch Wasserkraft und Frankreich durch Atomstrom einen relativ niedrigeren Ausstoß haben.

Der Anteil der Wirtschaftsbereiche am Schadgasausstoß ist weltweit folgender:

Strom- und Wärmeproduktion	42 %
Transporte	24 %
Industrieproduktion	19 %
Gebäude (Kühlung , Wärme usw.)	8 %
Sonstiges	7 %
	<hr/>
	100 %

Tabelle 2: Schadgasausstoß nach Wirtschaftsbereichen weltweit

Anteil der sieben größten Emittenten von CO₂ und Methan (in CO₂-Äquivalenten) mit zusammen 66% an den weltweiten Emissionen³:

China	29,8 %
USA	14,2 %
Indien	7,1 %
Russland	5,6 %
Japan	3,1 %
Brasilien	2,5 %
Deutschland	1,9 %
Iran	1,9 %

Tabelle 3: Sieben größte Emittenten von CO₂ und Methan (in CO₂-Äquivalenten) weltweit

Die größten Einsparungen können durch eine Dekarbonisierung der Wirtschaft erreicht werden. Dabei sind China und die USA die Länder, die mit ihrer Klimapolitik den Kurs bestimmen. China bemüht sich, seinen Beitrag zu leisten, um die Erderhitzung aufzuhalten, die USA, bzw. deren Präsident Trump, leugnen die globale Erwärmung. Die weiteren Länder, die einen beachtlichen Anteil am Schadgasausstoß haben, sind Indien, Russland, Japan, Deutschland und Iran. Alle anderen Staaten liegen unter 1,9 % Anteil am Gesamtausstoß. 8 (von 113⁴) Länder in der Welt sind für fast zwei

3 <https://www.laenderdaten.info/co2-nach-laendern.php>, abgerufen 24.10.2019

4 Für die restlichen liegen keine Daten vor.

Drittel des weltweiten Schadgasausstoßes verantwortlich und vor allem die größten Emittenten müssten geeint die anderen Staaten mitnehmen bei einer Umstrukturierung der Wirtschaft durch Dekarbonisierung. Bisher gibt es weltweit noch kein Konzept⁵, wie das gelingen kann.

Insbesondere die USA werden nicht bereit sein, ihren „Wohlstand“, der sehr ungleich unter der Bevölkerung verteilt ist, aufzugeben. China will allen Bürgern zu einem bescheidenen Wohlstand verhelfen und wird auch nicht sein Wirtschaftswachstum aufgeben.

Die heutigen Verursacher der Erderhitzung sind die Wohlhabenden der Welt. Die Reichsten 10 % der Weltbevölkerung erzeugen die Hälfte der Emissionen. Diese Menschen genießen ihren augenblicklichen materiellen Wohlstand und haben nicht vor, ihren Lebensstil zu verändern. Sie bereiten sich auf schlimme Tage vor, kaufen Land in entlegenen Gebieten, wie z.B. Neuseeland, und legen sich Bewachertrupps zu, von denen sie aber nicht wissen, wie diese sich verhalten werden, wenn es für sie selbst kritisch wird (Oxfam, 2015).

Die großen Konzerne haben kein Interesse an einer tiefgreifenden Umstrukturierung, weil dann die kurzfristigen Profite erheblich sinken würden. Wir rasen immer schneller auf eine Heißezeit zu, die die Zivilisation der Menschheit in eine Eisen- und Hungerzeit zurückwerfen werden. Um das zu verhindern, muss die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft **innerhalb von 10 Jahren** erfolgen.

Wirtschaftsweise

Energie darf nur noch aus erneuerbaren Quellen stammen. Das heißt unter anderem, dass alle Kohlekraftwerke in 10 Jahren stillgelegt und durch Windräder und Fotovoltaikfelder ersetzt werden müssen. Der Ausbau von Speicherkapazitäten, der Bau von Wasserkraftwerken und die Nutzung der Wellenenergie sind zu forcieren. Damit können etwa 20 bis 30 % der Schadgasemissionen vermieden werden.

Der Verkehr muss innerhalb von 10 Jahren auf Brennstoffe wie Benzin, Diesel, Schweröl, Gas usw. verzichten und auf Elektroantrieb, gespeist aus erneuerbarer Energie, umsteigen. Dabei ist der gesamte Energieverbrauch zu reduzieren und die Kurzstrecken-Verkehrsteilnehmer – das ist die Mehrzahl – müssen auf Fahrrad und E-Bike umsteigen. Die Autoindustrie muss Elektro-Busse herstellen. Der Flugverkehr für Urlaubsreisen muss eingestellt werden. Dadurch könnten 20 % der Schadgasemissionen eingespart werden. Die Industrie muss die Herstellung energieintensiver Produkte massiv reduzieren. Das betrifft vor allem Aluminium und Zement.

Lebensweise

Parallel dazu muss die gesamte derzeit in den Industriestaaten vorherrschende Lebensweise mit ihren umweltschädlichen abfallintensiven Konsumformen, dem übermäßigen Energieverbrauch und natürlich auch dem Auto in Frage gestellt werden.

5 auch nicht bei der UNO

Bereits der Verzicht auf Rindfleisch (mit 210 kg CO₂ je 1 kg Fleisch) würde bei Verzehr von Schweinefleisch einen 4 Mal geringeren und von Geflügelfleisch einen 7 Mal geringeren Ausstoß an CO₂ verursachen. Doch würden ausgehend von dem gegenwärtigen Ausstoß von etwa 12 t/a in Deutschland trotz Realisierung dieser Einsparungen immer noch ca. 4 t/a CO₂ pro Kopf emittiert – also immer noch zu viel. Im Internet werden verschiedene CO₂-Rechner angeboten, mit denen man seinen persönlichen CO₂-Fußabdruck berechnen kann. Sie basieren auf Werten des Bundesumweltamtes. Hier ein Beispiel für einen durchschnittlichen Pendler, der in einem Einfamilienhaus wohnt und im Urlaub nach La Gomera fliegt:

- Das Auto verbraucht 6 l/100 km Treibstoff und emittiert bei 25.000 km Fahrleistung im Jahr 3,48 t CO₂.
- Eine Flugreise im Urlaub auf die Kanaren emittiert 2,7 t CO₂.
- Wohnen im Einfamilienhaus mit Strom und Erdgas-Heizung ergibt 4,4 t CO₂.
- Eine durchschnittliche Ernährung ohne hohen Fleischkonsum kann mit 1,6 t CO₂ angesetzt werden.
- **Insgesamt sind das im Jahr 12,2 t CO₂-Emissionen pro Person** (Nature Fund, 2019).

Da – wenn klimagerecht gehandelt werden soll – jeder Mensch auf der Erde nur 2 t/a CO₂ ausstoßen darf, damit die kommende Heißezeit gestoppt wird, wird klar, dass wir auf Flugreisen in den Urlaub verzichten müssen, vom Auto auf ÖPNV, Fahrrad oder E-Bike umsteigen müssen, beim Wohnen nur noch z.B. Wohnzimmer und Bad beheizen dürfen und uns weitgehend fleischlos ernähren müssen. Darüber hinaus beginnt bereits die „Imperiale Lebensweise“⁶ (Brand, U. 2017), da es auf Kosten des größeren Teils der Weltbevölkerung geht.

Grundlage dieser Lebensweise sind Produktions-, Distributions- und Konsummuster, die im globalen Norden die Ober- und Mittelschichten erfasst haben. Zunehmend wollen auch die Oberschichten in den Entwicklungsländern diesen Lebensstil erreichen. Dazu gehört als Grundausstattung das große Auto, besser zwei. Jedes erwachsene Familienmitglied hat ein Auto und die Kinder werden zur Schule, Freizeiteinrichtungen usw. mit dem Auto gebracht. Oft gehört auch noch ein Motor- oder Segelboot zur Ausstattung. Die Ernährung erfolgt häufig durch industriell vorgefertigte Produkte. Jahreszeitliche und regionale Aufkommen an Obst und Gemüse spielen keine Rolle; alles hat immer im Angebot zu sein und wird konsumiert. Im Einfamilienhaus werden im Winter alle Räume beheizt und im Sommer gekühlt. Die Imperiale Lebensweise beansprucht bis zu **30 bis 50 t/a und Kopf** an CO₂-Emissionen. Gegenüber der Mehrheit der Menschen in Indien und Brasilien, die unter 2 t/a erzeugen, also **15 bis 25 Mal mehr** Emissionen. Hier wird die globale Ungerechtigkeit besonders deutlich.

6 Genauer lässt sich das mit dem „Ökologischen Fußabdruck“ quantifizieren, der neben den CO₂-Emissionen weitere Parameter erfasst (Energiegewinnung, Bauland, Nahrungsmittelproduktion/-verbrauch, Abfälle, Abgas usw.). Der ökologische Fußabdruck erfasst allerdings nicht die qualitative Seite der imperialen Lebensweise (siehe unten).

Imperial ist diese Lebensweise auch insofern, als sie den mehr oder minder gewaltförmig abgesicherten Zugriff auf die Ressourcen und die Senken in anderen Ländern voraussetzt. Zum Beispiel den Zugriff auf die Rohstoffvorkommen an Öl, Gas und Kohle sowie die Möglichkeit, den Wohlstandsmüll in den Entwicklungsländern zu entsorgen. Der wirtschaftliche Aufstieg in China und Indien hat Millionen Menschen dazu bewegt, den Konsummustern des globalen Nordens nachzueifern. China nimmt schon keinen Wohlstandsmüll mehr ab. Es erzeugt nunmehr selbst genug davon. Doch die Erde ist endlich, neue Exportmöglichkeiten für Müll werden rar und das Datum des Erdübernutzungsstages zeigt an, dass es so nicht weiter gehen kann. Es ist völlig klar: Die Orientierung auf den materiellen Wohlstand basiert auf der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen (Wuppertalinstitut, 2008).

Aber eine grundlegende Abwehr einer Klimakatastrophe allein über Appelle an die Vernunft herbei zu führen, ist reine Utopie. Dazu bedarf es staatlicher Vorgaben an die Industrie und Werbung.

Politik

Alle diese notwendigen Maßnahmen wird eine Bundesregierung, in jeder möglichen Parteienkoalition, von sich aus niemals beschließen, denn

„Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ (Kommunistisches Manifest)

Notwendig ist deshalb eine Volksbewegung, die die kapitalhörige Parteipolitik paralyisiert und die notwendigen Maßnahmen erzwingt.

Das Klimapaket der Bundesregierung von 2019, das auch nur auf den Druck der Straßenproteste geschnürt wurde, ist angesichts der fortschreitenden Erderhitzung nur ein Schönheitspflaster auf die Erderhitzungsfratze:

- kein Fahrplan zum Ausbau der Erneuerbaren Energie,
- keine Festlegungen zur Dekarbonisierung,
- kein Jahr zum Ende des Verbrennungsmotors,
- kein Abbau klimaschädlicher Subventionen,
- CO₂-Preis ohne klimapolitische Lenkungswirkung (aber mit asozialen Auswirkungen⁷),
- kein angekündigtes Klimaschutzgesetz,
- keine Ausrufung des Klimanotstandes in Deutschland.

Die Bundesregierung hat ein Klimazerstörungs-Paket geliefert.

7 "CO₂-Preis trifft Geringverdiener", <https://www.tagesschau.de/inland/klimapaket-115.html>, abgerufen 24.10.2019 und

"Rechnungshof knöpft sich Klimapaket vor", <https://www.tagesschau.de/inland/rechnungshof-klimapaket-103.html>, abgerufen 24.10.2019

3. Klimagerechtigkeit als Politikfeld

Klimagerechtigkeit ist Bestandteil der globalen Umweltgerechtigkeit. Im Kern geht es darum, dass die erzeugten Treibhausgase auf alle Menschen in der Welt gerecht verteilt werden, was unterschiedliche Reduktionsziele bei den einzelnen Menschen und Staaten zur Folge hat (s.o.), bis jede*r das zustehende Kohlenstoffbudget erreicht hat, und dass die Folgen der Erderhitzung unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips ausgeglichen werden (Wikipedia, 2019).

Um wirkliche Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssten die Industriestaaten ihre Emissionen um ca. 95 % senken. Das würde die Aufgabe der Industrialisierung und des Wirtschaftswachstums bedeuten, faktisch also die Aufgabe der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des materiellen „Wohlstands“ in den Industrieländern. Klimagerecht ist in diesem Sinne als Allererstes die Beendigung des auf Wachstum ausgerichteten, fossilen Energiezeitalters und damit verbunden die Etablierung dezentraler, gesellschaftlich kontrollierter und erneuerbarer Energiesysteme.

Gemessen an dieser Aufgabe ist der Begriff „Klimagerechtigkeit“ unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen verharmlosend und desorientierend. Zum Einen ist er semantisch fragwürdig, denn das Klima kann weder gerecht sein, noch Gerechtigkeit herbeiführen. Es gehorcht physikalischen Gesetzen und nicht sozialen oder ethischen Aspekten (caritas international, 2009). Andererseits bringt „Klimagerechtigkeit“ weder die Verteilungsprobleme der Auswirkungen der Erderhitzung noch die im kapitalistischen Wachstumszwang liegenden Ursachen auf den Begriff. Deshalb muss hinterfragt werden, ob es sich nicht um einen „frame“ kapitalistischer Propaganda handelt.

Wenn Medien und Politik den Begriff „Klimagerechtigkeit“ überhaupt verwenden⁸, dann im Sinne gerechter *Kostenverteilung*, um den Auswirkungen der Erderhitzung zu begegnen. Faktisch liegt dem die nicht hinterfragte kapitalistische Denkweise zugrunde, nach der nur das einen Wert hat, was bepreist werden kann.

„Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose "bare Zahlung". Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohl erworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.“

8 Eine Debatte über Gerechtigkeit wird meist vermieden und wenn das – wie bei den Wahlkampfauftritten der SPD unter Martin Schulz – nicht möglich ist, entweder so oft wiederholt, bis sie dem Publikum „zum Halse heraus hängt“ und/oder die Wiederholung lächerlich gemacht.

Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.

*Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf **ein reines Geldverhältnis** zurückgeführt.“
(Kommunistisches Manifest)*

Dem entsprechend dominiert in der internationalen Klimapolitik ein quantitatives Gerechtigkeitsverständnis. Qualitative Aspekte, wie die Verantwortung für die Erderhitzung, die regional und sozial spezifische Verteilung der Lasten auf die Erdbevölkerung, des Schutzes vor der Erderhitzung oder die demokratische Entscheidung über klimapolitische Maßnahmen werden nicht hinreichend berücksichtigt (Brunnengräber, A. 2016).

Neben der Ursachenbekämpfung müsste Klimagerechtigkeit auch die *Prävention* gegen weitere Auswirkungen der Erderhitzung zum Inhalt haben. Die betroffenen Menschen, die ihre Felder nicht mehr bewirtschaften können oder die keinen Ertrag mehr erzielen, werden erst mal in die Städte abwandern. Wenn sie die Staatsgrenzen überschreiten, werden sie zu „Umweltmigrant*innen“.

Als Politikfeld umfasst Klimagerechtigkeit daher

- konsequenten Umbau des gesamten Energiesystems als Basis jeder modernen Volkswirtschaften hin zur 100%igen Versorgung aus regenerativen Quellen;
- Umbau der Wirtschaft hin zu Suffizienz statt Wachstumsorientierung;
- drastische Aufstockung der Entwicklungshilfe und ihre Umstrukturierung so, dass die am stärksten betroffenen und meist am wenigsten Verantwortlichen für die Erderhitzung die Möglichkeit bekommen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten;
- Beendigung aller Produktion und Exporte und internationalen Aktivitäten, die Ressourcen verschlingen und keine menschlichen Bedürfnisse befriedigen (z.B. Waffen, Kriegseinsätze);
- Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft, um die dabei auftretenden Widersprüche gemeinsam zu lösen.

Ökologische Plattform

DIE LINKE.

Wie viel Erdoberfläche steht jedem von uns zu?



Bewusster leben - In Anspruch genommene Fläche verkleinern!

4. Die Entwicklung der Bewegung für Klimagerechtigkeit

In den 1980er Jahren entwickelte sich in den USA eine Umweltgerechtigkeitsbewegung, initiiert von Bürger*innen, die von Umweltzerstörungen betroffen waren. Es wurde schon damals erkannt, dass „Klimawandel“ nicht nur ein Umweltproblem ist, sondern ein Ergebnis ungenügend regulierter Industrien und auch ein Produkt sozialer Ungleichheit durch ungebremstes Wirtschaftswachstum.

Die Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten, die bei der Erderhitzung entstehen, ist weltweit sehr unterschiedlich. Laut oxfam tragen die ärmeren 50 % der Weltbevölkerung nur 10 % zur Erderhitzung bei – die reichen 10 % hingegen 50 % (siehe auch Steinke, A. 2019). Ausgehend von der Erkenntnis, dass wir nicht „alle im selben Boot“ sitzen, wird die Klimakrise als Gerechtigkeitskrise begriffen. Bei der Überflutung von New Orleans konnten sich die reichen Weißen mit ihren Autos in Sicherheit bringen, die ärmeren Schwarzen blieben zurück und wurden vergessen. In Bangladesch saufen die Dörfer ab und im reichen Holland werden schwimmende Städte projiziert und gebaut. Die Verursacher der Erderhitzung leiden wenig und können reagieren und die Unschuldigen trifft es hart und sie leiden viel (Müller, T. 2016).

Das alles führte zu der Erkenntnis, dass Rassismus und Klassendiskriminierung mit der Erderhitzung verbunden sind. Damals wurden Aktionen gegen die Keystone-Pipeline durchgeführt, die Teersand-Öl von Alaska zu den Raffinerien im mexikanischen Golf transportieren sollte. Die Bewegung hatte Erfolg. Obama lehnte 2015 die Pipeline ab. Auch die Divestment-Bewegung hatte Erfolge, indem Unternehmen, die fossile Brennstoffe fördern, keine Kredite bekamen. Das war der Beginn von Bürger*innenbewegungen, die auch in anderen Ländern Fuß fassten. 2014 wurde von 12 pazifischen Inselstaaten die Bewegung Pacific Climate Warriors ins Leben gerufen, die den größten Kohlehafen Australiens blockierten (Hildebrandt, S. 2016).

In Deutschland gibt es seit 2007 eine Klimagerechtigkeits-Bewegung. Als politischen Orientierungspunkt hat diese Graswurzelbewegung die Energiedemokratie, Rekommunalisierung der Energiekonzerne und eine Demokratisierung der Energiepolitik. Auch ein kostenfreier ÖPNV steht auf der Tagesordnung. Seit 2010 gibt es Klima-Camps, in denen die Verursacher der Erderhitzung angegriffen werden. In der Lausitz und am Nieder-Rhein geht es gegen den Betrieb von Tagebauen und Kohle-Kraftwerken. Ab 2015 wurde die Ende-Gelände-Bewegung aktiv, die in Massenaktionen zivilen Ungehorsams gegen Tagebaue den sofortigen Kohle-Ausstieg erzwingen will. Die Teilnehmer*innen sind der Meinung, dass uns nur noch eine Vollbremsung beim Klimagas-Ausstoß retten kann. Seit Jahren finden diese Aktionen in Deutschland statt und werden auch in der Öffentlichkeit diskutiert, aber die Emissionen steigen weiter an. Deshalb dringt die Bewegung zunehmend zum Kern der Probleme vor: *„Ort des Klimawandels ist nicht der schmelzende Gletscher, sondern die kapitalistische Warenproduktion“* (Antirassismusbüro Bremen, 2007). Die kapitalistische Profitlogik wird als Ursache der Naturzerstörung erkannt. Die Ziele Klimagerechtigkeit, Energiedemokratie und Vergesellschaftung stehen unter der Losung *„System change, not Climate change“*. Der Konflikt wird sowohl mit der Regierung als auch mit der Wirtschaft ausgefochten, die beide

gleichermaßen den Abbau der Emissionen bremsen. Deshalb wollen die Akteur*innen viele Menschen für Aktionen gegen die Kohlewirtschaft mobilisieren und in die Wirtschaftsabläufe eingreifen: Gegen Kohle und gegen Kapitalismus (Hildebrandt, S. 2016).

Für Attac bedeutet Klimagerechtigkeit Solidarität mit den Menschen, die am stärksten von den Folgen der Erderhitzung betroffen sind. Sie verschärft soziale Missstände, Hunger, bewaffnete Konflikte und Massenmigration (Attac, 2019).

Aktive in der Bewegung für Klimagerechtigkeit

- Ende-Gelände (s.o.)
- Attac, seit 2009 mit einer AG Energie.Klima.Umwelt (EUK-AG), um Aktionen zu koordinieren.
- Auch die Interventionistische Linke (IL) ist in Hamburg, Berlin und Leipzig aktiv.
- Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) hat Seminare und Debatten auf dem Gebiet der Klimagerechtigkeit organisiert.
- Im rheinischen Kohlerevier ist 2011 die Organisation „AusgeCO2ht“ aktiv. 2012 wurden die Aktivist*innen im Hambacher Forst bekannt (Sander, H. 2016).
- Die Grüne Liga hat eine Ausstellung mit 18 thematischen Tafeln erarbeitet, die 2014 erstmalig gezeigt wurde.
- 2019 hat eine Strategiekonferenz der Klimagerechtigkeits-Bewegung stattgefunden, auf der viele Wirtschaftsbereiche in ihrer Entwicklung und die möglichen Aktionen diskutiert wurden (klimacamp, 2018).

internationale Netze

Während der UN-Klimakonferenz in Bali 2007 gründete sich das Netzwerk „Climate Justice now“ (CJN). Gemeinsame Ziele der etwa 400 NGOs waren Umweltgerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit. Bekannte Mitglieder dieses Netzwerkes sind Friends of Earth International, Attac und 350org. Daneben hat sich ein weiteres Netzwerk gebildet: „Climate Action Network“. Ihm gehören ebenfalls etwa 400 NGOs an. Dieses Netzwerk arbeitet mit Unternehmen zusammen, fordert marktgerechte Reformansätze und Emissionshandel und liegt mit seinen Zielen damit konträr zum Netzwerk „Climate Justice now“ (Wikipedia: Climate Action Network, 2019).

Die NGOs haben erkannt, dass die konventionellen Kampagnen nicht funktionieren: E-Mails versenden, Spenden eintreiben, Protestmärsche organisieren brachten keinen Wandel. Die Emissionen sind weltweit seit 1990 um 60 % gestiegen und steigen weiterhin, allein 2018 um 2,7 %. Die Alternative ist Gewaltfreiheit: das Modell des zivilen Widerstandes. Eine fest etablierte Macht lässt sich nicht durch Überzeugung und Information überwinden. Das wird nur durch Störaktionen geschafft: gewaltfreie und auch gewaltsame. 50.000 Protestierende in der Hauptstadt müssen Störungen und wirtschaftlichen Schaden anrichten und Regierungsgebäude bemalen und blockieren. Es muss dabei aber gewaltfrei bleiben. Das muss Tag für Tag solange gemacht werden, bis eine „nationale

Krise“ entsteht. Erst dann wird die Regierung zuhören und womöglich handeln. Das sind die Erfahrungen der NGOs (Hallam, R. 2019).

Fazit

„Klimagerechtigkeit“ ist eine Losung, die das Ziel der gerechten Verteilung der Klimalasten in einem Wort beschreibt. Wie jede Losung ist sie extrem verkürzt, denn dabei bleiben die Ursachen der ungerechten Verteilung außen vor. Für Mobilisierungszwecke reicht das zunächst aus, aber danach muss auf die Ursachen verwiesen und auf deren Bekämpfung orientiert werden.

Eine LINKE, die wahre Klimagerechtigkeit will, muss die Gesellschaft verändern. Dieses Ziel drückt der Begriff „Klimagerechtigkeit“ nicht aus. Aus diesem Grund sollte die LINKE ihn möglichst vermeiden und stattdessen von **„gerechter Lastenverteilung der Auswirkungen der Erderhitzung“** sprechen oder **„Verursacher der Erderhitzung zur Verantwortung ziehen“** oder **„Ursache der Erderhitzung beseitigen – Systemwechsel herbei führen“**.

Das hat allerdings nur Sinn, wenn gleichzeitig eine konsequente antikapitalistische Politik verfochten wird.



Abbildung 3: Ende Gelände! von Pay Numrich via Flickr

5. Die Klimapolitik der Parteien im Bundestag und der Gewerkschaften

Die Oppositionsparteien DIE GRÜNEN und DIE LINKEN haben in eigenen und gemeinsamen Anträgen und Reden die Bundesregierung wegen ihrer unzureichenden Klimapolitik scharf angegriffen. Insbesondere die Aufgabe der Klimaziele bis 2020 und der Kohlekompromiss wurden scharf kritisiert. Die Bundesregierung hat nur das vage Ziel, die angeblich „Soziale Marktwirtschaft“ in eine

„Ökologisch-soziale Marktwirtschaft“ umzuwandeln. Aber eine einfache Umetikettierung des gegenwärtigen Zustandes ist angesichts der drohenden Gefahren auch für Deutschland ein sehr schwaches Signal. Dennoch befindet sich Deutschland mit seinen Klimazielen durchaus auf internationalem Niveau, denn von den 187 Staaten, die das Pariser Klimaabkommen unterschrieben haben, sind nur 17 Staaten bereit, ihre Zusagen auch zu erfüllen. Ebenso ist die Ankündigung des Entwicklungsministers Gerd Müller (CSU), den deutschen Anteil am Green Climate Fonds der UNO nur auf 1,5 Mrd. € zu verdoppeln, ein kleines Pflaster für die Schäden, die die Industrienationen in den betroffenen Ländern durch die Erderhitzung schon angerichtet haben. Die Bundesregierung steuert sehenden Auges – denn die Erderhitzung wird ja nur von der AfD bestritten – auf die Katastrophe zu (Dt. Bundestag. Dokumente. 2018).

Die Grünen, die für sich das Prädikat Klimapartei in Anspruch nehmen, haben 2019 im Bundestag einen Antrag eingereicht: „Handeln jetzt – auf dem Weg zum klimaneutralen Deutschland“. Inhalt sind Forderungen nach einem Klimagesetz, einer höheren CO₂-Bepreisung, sofortige Streichung klimaschädlicher Subventionen, Raus aus der Kohle, endlich die Wärmewende beginnen, Verkehrswende einleiten und Agrarwende wieder aufnehmen (Grüne, 2019). Das alles sind bekannte Forderungen, die aber von den Grünen selbst in Regierungsverantwortung nur sehr zögerlich in Angriff genommen wurden. Die Jugendbewegung „Fridays for Future“ hat bereits erklärt, dass die grünen Ziele unzureichend sind.

Nur die Jugendorganisationen der Oppositionsparteien GRÜNE und LINKE haben sich den Protesten der Bewegung Fridays for Future angeschlossen und nehmen an den Demonstrationen teil (Grüne Jugend, 2018). Die Parteien halten sich zurück und senden Grußadressen. Aktionen gegen Staat und Wirtschaft – womöglich noch ungehorsam und militant – stören, wenn Regierungsverantwortung angestrebt wird.

Der DGB-Bundesvorstand hat es bisher vermieden, den Zusammenhang zwischen Klimanotstand und Kapitalismus zu thematisieren und ein zentraler Aufruf zum Klimastreik der Fridays for Future-Bewegung fehlt. Ein Grund ist, dass Arbeitsplätze vorrangig in der Braunkohlenindustrie und der Automobilindustrie wegfallen, wenn Forderungen der Klimabewegung durchgesetzt werden. Die Gewerkschaften sind zum politischen Streik nicht bereit. Die entsprechenden Einzelgewerkschaften haben es schwer, ihre Mitglieder für Klimanotstands-Demonstrationen zu mobilisieren. Dennoch haben einzelne Kreisverbände (Coesfeld) aufgerufen, sich an den Fridays for Future-Demos zu beteiligen.

Im Europaparlament ist die GUE/NGL aktiv und hat ein Manifest für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit gegen den Klimanotstand verabschiedet. Kohleausstieg bis 2030 und Klimaneutralität bis 2040 sind das Ziel. Das Europaparlament ist aber weit davon entfernt, diesen Zielen zuzustimmen. Greta Thunberg wurde eine Rede vor dem Europaparlament durch die rechte Mehrheit verweigert (Michels, M. 2019).

6. Wirtschaft und Erderhitzung

Kapitalistische Wirtschaft – Ursache von Erderhitzung und Ungerechtigkeit

In den letzten 100 Jahren haben sowohl kapitalistische wie auch sozialistische Staaten eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die auf die schnelle Entwicklung der Industrie gerichtet war. Russland, bei der Industrialisierung in Europa zu spät gekommen, hat in einem beispiellosen Aufholprozess den Anschluss an die europäischen Staaten versucht. Lenin sagte: „Sowjetmacht ist Kommunismus plus Elektrifizierung“ und hat damit die Wirtschaftspolitik klar umrissen. Die exzessive Ausbeutung der Rohstoffe und die Vermüllung der Erde waren beiden Gesellschaftsformationen gleichermaßen zu Eigen.

Die Systemkonkurrenz hat diese Tendenz insbesondere auf militärischem Gebiet befeuert. Sie hat aber auch dazu geführt, dass in der kapitalistischen Wirtschaft die Bedürfnisbefriedigung eine größere Rolle gespielt hat, als ohne das sozialpolitische Beispiel der sozialistischen Staaten. Seit den 1990er Jahren gibt es nur noch den globalisierten Kapitalismus, der in seiner sozialen und ökologischen Zerstörungskraft kaum noch zu bändigen ist.

Der amerikanische Ökonom Paul Zweesy hat das kapitalistische Gesellschaftssystem bereits 1950 klar definiert:

„Bei all den technologischen Entwicklungen ist der Kapitalismus im Wesentlichen, wenn nicht sogar verstärkt, das geblieben, was er von Anfang an war: eine riesige Maschine für die unablässige Anhäufung von Kapital, vorangetrieben durch den konkurrierenden Taten- drang von Individuen und Gruppen, die ihr Eigeninteresse in Form privaten Gewinns zu verwirklichen suchen. Solch ein System erkennt keine absoluten Grenzen seines eigenen Fortschreitens an. Das Rennen mit dem Ziel der Akkumulation, der wirklichen Bedeutung ökonomischen Wachstums, ist im Rahmen dieses Systems endlos.“

Das hatte auch schon Marx vor über 100 Jahren entdeckt:

„Die Triebkraft zur Anhäufung von Kapital kennt keine physischen Grenzen. Das Kapital ist folglich, von einem weiteren sozialen und ökologischen Standpunkt aus gesehen, ein Götze, eine nicht aufzuhaltende vernichtende Kraft.“

Dennoch wird immer wieder von den Kräften, die im Kapitalismus den glorreichen Höhepunkt menschlicher Entwicklung sehen, behauptet, der Kapitalismus könne nachhaltig gemacht werden. Die freie Marktwirtschaft hätte die Kraft, das zu richten. Immer wieder wird behauptet, dass technische Neuentwicklungen den naturzerstörenden Charakter des kapitalistischen Systems aufhalten könnten. Im Gegensatz dazu hatten schon Meadows und Randers 2004 erkannt:

„Die Gesellschaft entwickelt heute Technologien und Märkte, die einen Zusammenbruch beschleunigen, anstatt ihm vorzubeugen.“

Für die ökologische Überbeanspruchung der Erde die „Verschwendungs-Konsumenten“ und nicht die Wirtschaft verantwortlich zu machen, wie es viele GRÜNE tun, verdreht die Tatsachen. Die Wirt-

schaft entwickelt immer neue billige Wegwerfartikel und preist sie den Käufern so lange an, bis sie gekauft werden. Konsumkontrolle durch die Käufer zu fordern, ist im kapitalistischen System der Werbung und Käuferverführung eine Illusion.

„Leute, die in Verbrauchskulturen leben, aufzufordern ihren Konsum einzudämmen, bedeutet, sie aufzufordern, mit dem Atmen aufzuhören.“ (Assadourian, E. 2012)

Eine Lösung für das Ökologieproblem kann es nur geben, wenn der Kapitalismus als imperialistisches Weltsystem überwunden wird.

„Die Politik muss von der Macht des privaten Kapitals befreit werden, damit die Menschen eine rationale Kontrolle über ihr Erwerbsleben und über die menschliche Entwicklung gewinnen.“ (Forster, J. 2011)

„Die Herausforderung besteht darin, die Lebensbedingungen auf diesem Planeten zu sichern, die menschliche Art zu retten, den Lauf der Geschichte zu ändern, die Welt zu verändern.“ (Meszaros, I. 2010)

Der Kapitalismus kann in seiner Zerstörungskraft nur gebremst werden, indem das kapitalistische Wirtschaftssystem überwunden wird. Dazu kann „Sand im Getriebe“ der Profitmaschine einen Beitrag leisten: Bürgerinitiativen, die zur Verlangsamung der Produktion führen, Unterbrechung der „just-in-time-production“, Blockierung von Regierungsinstitutionen, die das Wirtschaftswachstum fördern, Demonstrationen in den Großstädten mit Lahmlegung des Verkehrs usw.

Eine linke Partei, die den programmatischen Anspruch erhebt, den Kapitalismus durch eine sozial-ökologische Umgestaltung abzulösen, muss all diese Bewegungen unterstützen, auf den Systemwechsel orientieren und folgende Aufgaben in Angriff nehmen:

- das Wirtschaftswachstum aufhalten, den Materialverbrauch um 80 % senken,
- die Großkonzerne gesellschaftlich lenken,
- die Dekarbonisierung der Wirtschaft in kurzer Zeit realisieren und das alles bei
- Wahrung einer sozialen und ökologischen Gerechtigkeit in der Verteilung der lebensnotwendigen Güter.

Diese historische Aufgabe der LINKEN ist zwar im Programm mit klarer Aussage enthalten, aber die Tagespolitik der LINKEN ist geprägt durch eine Stellung als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ (Fritz Tarnow, 1931). Die programmatischen Forderungen nach öko-sozialem Umbau der Gesellschaft und Wirtschaft stehen nicht im Mittelpunkt, sondern das Bemühen, für eine vermeintliche Klientel (die der LINKEN immer häufiger nicht mehr ihre Stimme gibt) etwas mehr vom Wohlstandskuchen abzubekommen. Die Realisierung der Forderung nach gerechter Verteilung des Wohlstandes rückt in weite Ferne, denn tatsächlich öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr. Sowohl die soziale als auch die ökologische Gerechtigkeit unter den Menschen einer Nation und unter den Menschen verschiedener Nationen werden in zunehmendem Masse missachtet, weil das kapitalistische System als Ursache der sozialen und ökologischen Ungerechtigkeit nicht

bekämpft, sondern als nicht veränderbar hingenommen wird. Damit wird die LINKE ihrer Aufgabe nicht gerecht, die Erderhitzung aufzuhalten. Das versuchen andere gesellschaftliche Kräfte, indem sie auf die Straße gehen und mit zivilem Ungehorsam Einfluss gewinnen wollen.

Rückwirkungen der Erderhitzung auf die Wirtschaft

Durch die Erderhitzung wird das Wirtschaftswachstum gebremst, es kommt zum Stillstand, im günstigen Fall würde eine „stationäre Wirtschaft“ entstehen (Daly, H. 1973). Die weltweite Wirtschaftsleistung wird bis 2100 um mehr als 20 % schrumpfen (Burke, M.). Jeder Grad der Erwärmung führt zum Rückgang des Wachstums um mindestens 1 %. Bis zum Ende des Jahrhunderts wird das Pro-Kopf-Einkommen in den Industrieländern um 23 % sinken (Burke, M. 2015). Die USA und China werden die Hälfte ihrer Konjunktur einbüßen. In den Äquatorzonen Mexikos, Brasiliens, Indiens und Südostasiens könnten die Verluste bis zu 100 % gehen (Ricke, K. 2018). Die wirtschaftlichen Einbrüche wird diejenigen Länder weniger treffen, in denen sich zwischenzeitlich die Erwärmung positiv auf die landwirtschaftliche Produktion auswirken kann: Kanada, Russland, Skandinavien, Grönland (Burke, M.). Doch von den beeinträchtigten Volkswirtschaften geht ein Dominoeffekt auf die Weltwirtschaft aus. Die US-amerikanischen Wirtschaftsverluste werden z. B. in China 4 bis 5 Mal heftiger ankommen (Zhang, Z. 2018). Der Kapitalismus wird die Erderhitzung nicht überdauern. Aber er wird die Menschheit zunächst einmal in die Katastrophe stoßen. Die zu erwartende weltweite Konjunkturflaute durch Auswirkungen der Erderhitzung wird zu einer dauerhaften Rezession führen. Bis dahin wird der Kampf um die schwindenden Profite noch erbitterter, sodass sich die Herrschaft des Kapitals eher festigt. Dass sie von allein auflöst, ist nicht zu erwarten.

Fazit:

Programmatischer und realpolitischer Inhalt eines Kampfes um soziale und ökologische Gerechtigkeit muss der Kampf für eine Systemwende, für die Überwindung des Kapitalismus, für eine gerechte Welt sein.

7. Ausbeutung fossiler Brennstoffe führt zur Ungerechtigkeit.

Klassenwidersprüche bestimmen, verändern und schaffen neue Gesellschaftsformationen. In unserer gegenwärtig dominierenden Gesellschaft, dem Kapitalismus, waltet der Grundwiderspruch zwischen dem zunehmenden Vergesellschaftungsgrad der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung des gesellschaftlich erarbeiteten Produkts durch die Einzelkapitalisten. Oft wird er als Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital bezeichnet. Aus diesem Grundwiderspruch entspringen alle weiteren Widersprüche, die die kapitalistische Gesellschaft bewegen (Engels, F. 1880). Bisher wurde der zwischen Mensch und Natur bzw. Kapital und Natur als Nebenwiderspruch wahrgenommen. Doch das Kapital hat in seinem unerhörten Wachstum der Produktion immer mehr die Natur beansprucht, so sehr, dass inzwischen die akute Gefahr besteht, dass unsere natürliche Umwelt zu sehr geschädigt wird, um die bisher beanspruchten Dienste zu erbringen und dass dadurch für die Menschen als Lebensgrundlage sehr stark eingeschränkt wird. **Damit ist der bisherige Nebenwiderspruch Kapital – Natur zum Hauptwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft geworden.** Es besteht die Gefahr, die schon Marx und Engels erkannt haben, dass die einander bekämpfenden Klassen gemeinsam untergehen, wenn sie diesen Widerspruch nicht lösen. Marx hatte erkannt, dass es entweder zu einer Aufhebung der gesamten ökonomischen Basis in ihrer gegenwärtigen wertbestimmenden Gestalt kommt, oder zum Rückfall in die Barbarei und zu einem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen (Marx, K., Engels, F, 1847). Das folgerten sie aus der Entwicklung des Widerspruches von Kapital und Arbeit. Nunmehr ist die Entwicklung des Kapitalismus an eine Grenze gelangt, an der der Widerspruch zwischen Kapital und Natur hinzu kommt und damit die Gefahr des Untergangs unserer Zivilisation in greifbare Nähe rückt.

Die Weltmeere werden durch Düngemiteleintrag sauerstoffarm und durch Plastikabfall verunreinigt, das Trinkwasser wird knapp, die Luft zum Atmen hat immer weniger Sauerstoff, die Meere werden überfischt. Alle diese neben der Erderhitzung ablaufenden von der kapitalistischen Wirtschaft verursachten Entwicklungen allein genommen, sind schon besorgniserregend und untergraben unsere Lebensbedingungen.

In den 1960er Jahren lebte die Menschheit noch so, dass sie nur 50 % der jährlichen Biokapazität aufbrauchte. Inzwischen leben wir so, als stünden uns 1,7 Erdbälle für die Deckung unseres Ressourcenverbrauchs zu Verfügung. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, werden die Menschen 2030 so leben, als stünden ihnen 2 Planeten zur Verfügung. Wir fahren also beschleunigt in die **Vielfach**katastrophe der biologischen Systeme. Die Menschheit wird dann in einem planetarischen ökologischen Zusammenbruch enden.

Die Gefahr der Erderhitzung mit ihren Folgen hat als Ursache die bisherige und gegenwärtige Nutzung der fossilen Brennstoffe. Doch damit nicht genug: Durch ihre **Übernutzung** werden die Grundlagen des gesamten Energie- und damit des kapitalistischen Wirtschaftssystems untergraben. Die

Verfügungszeiten der Rohstoffe Erdöl, Erdgas und Kohle sind begrenzt. 1881 wurde erstmals mehr Erdöl verbraucht als neue Lagerstätten gefunden wurden. Der „Peak Oil“, das Jahr mit dem Fördermaximum wurde 2010 überschritten. Das Zeitalter des billigen, leicht zu gewinnenden Erdöls ist vorbei. Sein Verbrauch steigt aber weiterhin an. Die Förderung wird immer teurer, durch Tiefenbohrungen im Ozean, durch Gewinnung aus Teersanden, durch Fracking. Dadurch steigen auch die Emissionen pro gewonnene Tonne Öl zusätzlich. Die Erdgasreserven sind größer als die Erdölreserven. Der „Peak Gas“ wurde aber bereits 2011 überschritten (Campbell, C. 2013). Oft wird gesagt, dass wir genug Kohle für die nächsten Jahrhunderte hätten. Das war 1987 noch richtig, als 400 Jahre errechnet wurden. Inzwischen ist der Verbrauch jedoch derartig angestiegen, dass 2011 nur noch 100 Jahre vorausgesagt wurden. Zwar gibt es 70 Mrd. t, die technisch abbaubar sind, davon sind aber nur 9 Mrd. t (ca. 13 %) wirtschaftlich zu gewinnen. In Europa hatte die Hartkohleförderung bereits 1960 ihr Maximum erreicht. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird das globale Fördermaximum 2020 erreicht. Es besteht **keinesfalls** die Chance, dass Erdöl und Erdgas langfristig durch Kohle ersetzt werden können (Zittel, W. 2013).

Es sind aber noch genügend Vorräte an fossilen Brennstoffen vorhanden, um auf der Erde eine Heißzeit zu erzeugen, die zur Vernichtung großer Teile der menschlichen Zivilisation führen kann.

Der Reproduktionszyklus des Kapitals hat gegenwärtig Vorrang vor der Erhaltung der Natur und das von allen Regierungen geförderte quantitative Wachstum der Produktion führt zur ökologischen Selbstausslöschung. Die Regierungen sind nur Erfüllungsgehilfen des Kapitals und dieses strebt in erster Linie nach Profit um jeden Preis. Bis dahin – es kann noch 100 oder 300 Jahre dauern – werden die Ungerechtigkeiten zwischen der regionalen Verteilung der Rohstoffe und ihrer Nutzung bei Herstellung und Verteilung der Produkte weiter ansteigen.

Wahrscheinlich wird die Rohstoffkrise der gegenwärtigen Form der kapitalistischen Wirtschaftsweise ein Ende setzen. Rohstoffe werden zukünftig nicht nur knapp und teuer, sondern es wird auch immer schwieriger, mit Ersatzlösungen Rohstofflücken zu füllen. Allein die Erschöpfung billiger Rohstoffe wird das Wachstum der Wirtschaft bremsen und in einigen Branchen zum Stillstand führen. Aber das Kapital hat in Zeiten knapper Rohstoffe, wie z.B. im 2. Weltkrieg in Deutschland, eine Zwangsbewirtschaftung und Rohstoffzuteilung organisiert, um die Produktion am Laufen zu halten. Wir sehen, dass Planung und Rationierung der freien Marktwirtschaft ohne Zögern vorgezogen werden, wenn das System in Gefahr gerät. Bis es zu einem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft kommt, kann es also noch lange dauern.

8. Anpassung: Auswirkungen der kommenden Heißzeit treffen Unschuldige zuerst.

Globale Umweltprobleme will das Establishment mit politischen Rahmenbedingungen lösen oder wenigstens managen. Alle bisherigen Versuche, Umweltprobleme über das Verhandlungsforum UN global zu lösen, sind bisher aber nicht erfolgreich gewesen, denn die gegenwärtigen nicht nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen wurden nicht infrage gestellt. Im Gegenteil: Die neoliberale kapitalistische Weltwirtschaft wird oft sogar als notwendige Voraussetzung eines globalen Umweltmanagements angesehen.

Die Ärmsten, die an der Erderhitzung den geringsten Anteil haben, trifft es zuerst und am härtesten. Sie sind Hurrikans, Überschwemmungen, Sturzfluten, Dürren und Hitze hilflos ausgesetzt. Es kommt zur „Umwelt-**Apartheid**“ (Wulfhorst, E. 2018).

Die UNO wollte dagegen Maßnahmen ergreifen. Doch die 1992 in Rio verabschiedete Rahmen-Klimakonvention und die Konvention zur biologischen Vielfalt sind unzureichend, um zu einem globalen Management zu führen. Aber vor allem werden sie von den beteiligten Regierungen nicht verwirklicht (Park, J. et al. 2008; Brunnengräber, A. 2009). Der technokratische Steuerungsmechanismus zur Bewältigung der Umwelt- und Klimapolitik funktioniert nicht (Redclift, M. 1994). Die geschaffenen Institutionen sind gegenüber der Wirtschaft machtlos. Nicht die Regierungen, sondern die führenden konkurrierenden privaten Unternehmen bestimmen die Produktions- und Konsumnormen. Grüne Lebensstile und Leitbilder sind wirkungslos (Brand, U. 2012).

Daher wird gegenwärtig vor allem der Weg zur Stärkung der lokalen Organisationen mit ihrem lokalen Wissen beschritten. Die neoliberale Marktwirtschaft muss örtlich zurückgedrängt werden. Das wird vor allem in Südamerika versucht. Dort wird zunehmend abgelehnt, dass globale Institutionen, zum Beispiel die WTO, globale Ressourcen und Krisenherde verwalten. Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse können nicht durch globale Management-Institutionen herbeigeführt werden.

Die LINKE muss fordern, dass Festlegungen internationaler Abkommen bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen auch sanktioniert und mit Strafen geahndet werden. Institutionen ohne Macht sind nutzlos, schaden und helfen nur den Wirtschaftsbossen bei der Ausplünderung unseres Planeten. Die LINKE muss mehr „**UNO-Wirtschaftsmacht**“ fordern sowie **international verbindliche, nachprüfbar und durchsetzbare Abkommen**.

Da die Erderhitzung nach Auffassung vieler Wissenschaftler nicht mehr abwendbar ist, sondern lediglich begrenzt werden kann, wird darüber diskutiert, wie die Empfindlichkeit natürlicher und menschlicher Systeme verringert werden könnte.

Die vom Bundeskabinett beschlossene „Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ vom 17.12.2008 (Bundeskabinett, 2008) geht davon aus, dass sich bis 2100 die Temperatur in Deutschland um bis 3,5 °C erhöhen kann:

Wie stark sich die globale Durchschnittstemperatur künftig ändern könnte, wenn sich das derzeitige weltweite Emissionsverhalten nicht deutlich ändert und die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre weiter steigt, zeigt [...] großen Zahl von Modellsimulationen [...] Danach könnte in Abhängigkeit von den gewählten Annahmen die globale Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts zwischen 1,8 und 4,0° C (Unsicherheit zwischen 1,1 und 6,4° C) betragen. (a.a.O. S. 8)

Die Winterniederschläge nehmen um 40 % zu, der Sommerregen nimmt um 40 % ab. Ob aber die angedachten Maßnahmen z.B. für den Küsten- und Hochwasserschutz ausreichen, wird nicht in Frage gestellt. Es wird so getan, als ob sich das Klima nur ein wenig erwärmt und man dagegen etwas tun könne. Kein Grund zur Aufregung. Dass es sich hier um einen irreversiblen und progressiven Vorgang handelt, der zur Weltkatastrophe führen kann, wird ausgeblendet. Dass eine Anpassung an so eine Entwicklung nicht möglich ist, egal mit welchen technischen Infrastrukturmaßnahmen – das wird gar nicht erst diskutiert. Kipppunkte⁹, bei denen das Klimasystem sein Verhalten aufgrund neu wirkender Mechanismen sprunghaft ändert und Rückkopplungen¹⁰ auftreten können, wurden übrigens im IPCC-Bericht 2007, auf den sich die Anpassungsstrategie bezieht, noch nicht einmal behandelt.

Klar war für die Bundesregierung aber anscheinend schon 2008, dass die Erderhitzung unter 3,5 °C nicht aufzuhalten ist. Deshalb auch keine Bemühungen für eine Dekarbonisierung. Schützen sollen sich dagegen die Bürger*innen der Staaten, die von klimatischen Veränderungen betroffen sein werden. Wird die Anpassung nur auf diese Staaten beschränkt, dann können globale soziale Verwerfungen, notwendige globale wirtschaftliche Anpassungen und Demokratisierungsforderungen an den Rand gedrängt, marginalisiert und sogar unsichtbar gemacht werden. Die Klimaanpassung wird dadurch entpolitisiert und reduziert sich auf technologische Innovationen und Infrastrukturmaßnahmen, wie zum Beispiel Deichanlagenbau, Bewässerungssysteme, Zucht dürreresistenter Pflanzen, städtebauliche Innovationen gegen die Hitze usw. (Dietz, K. 2016).

Dürre kann ein noch größeres Problem für die Nahrungsmittelproduktion darstellen als Hitze, weil sich ein Teil des fruchtbaren Ackerbodens der Erde rasch in Wüsten verwandelt. Bei einer Erwärmung um 2 °C werden die Gebiete der Mittelmeeranrainerstaaten verdorren, ebenso weite Bereiche Indiens. Bei 3 °C Erwärmung würde die Dürre auch Mittelamerika, den Westen der USA und Australien erreichen. Der natürliche „Weizengürtel“ der Erde verschiebt sich alle zehn Jahre 250 km in Richtung Norden (Lynas, M. 2008).

9 engl. Tipping point

10 siehe Fußnote 2 „positive Rückkopplung“

Die Folgen der Erderhitzung treffen zuerst vor allem den globalen Süden, insbesondere Afrika und Südostasien. Doch die gesellschaftlichen Verhältnisse in den betroffenen Ländern stellen nicht den Ausgangspunkt für politisches Handeln dar. Sie werden einfach ausgeblendet und Technologie und Infrastruktur in den Mittelpunkt möglicher Maßnahmen gestellt. Linke Politik muss dagegen den **sozialen und politischen Charakter der Anpassung** in den Mittelpunkt ihrer Diskussion stellen (Adger, W. 2009). Aus sozialpolitischer Sicht stellt sich gar nicht die Frage, ob ein Bewässerungssystem gebaut werden soll, sondern wer für was und unter welchen Bedingungen Zugang zu Wasser erhält. Die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung müssen Ausgangspunkt linker Überlegungen sein. **Anpassung an die Erderhitzung muss Teil eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses sein**, der die sozialen Ungleichheiten senkt und Demokratie stärkt.

Schließlich sollte statt von „Klimaanpassung“ besser von „**Hitzeanpassung**“, „**Hitzestressbewältigung**“ (vor allem Problem bei älteren Leuten), „**Hitzegerechtigkeit**“, „**Dürreüberleben**“ (vor allem in der Sahelzone) und „**Überflutungs-Umsiedlung**“ (z. B. in den Deltas der großen Flüsse Südostasiens) gesprochen werden. Außerdem kommt es darauf an, die Ursache der Klimaerhitzung zu benennen. Wir müssen eine „**Dekarbonisierung**“ in 20 Jahren fordern, um zumindest die 2 °C-Grenze einhalten zu können und es muss ein Kohleausstiegsgesetz durchgesetzt werden, wie es die Bundestagsfraktion der LINKEN bereits vorgeschlagen hat.

Die Ökologische Plattform hat erstmals zur Bundestagswahl 2009 Faltposter erarbeitet. Seitdem wurden weitere erstellt und die vorhandenen aktualisiert.

In den Faltpostern werden auf einer DIN-A4-Seite grundsätzliche Standpunkte der Plattform und der ökologisch bewussten Mitglieder der LINKEN dargestellt. Sie sind für die Argumentation in der täglichen politischen Diskussion und natürlich insbesondere für Infostände und Wahlkämpfe vorgesehen.

Information zu den inzwischen über 40 Faltpostern finden Sie unter <https://www.oekologische-plattform.de/publikationen/faltposter/>.



Abbildung 4: Publikation der Ökologischen Plattform: Faltposter

9. Klimaflüchtende

Als Umweltflüchtende oder -migrant*innen werden Menschen bezeichnet, die sich aufgrund Umweltveränderungen oder Naturkatastrophen gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen. Wenn die globale Erwärmung die Ursache ist, dann wird von Klimaflüchtenden gesprochen. Klimaflüchtende sind also eine spezifische Art von Umweltflüchtenden. Doch eigentlich ist die Bezeichnung „Umweltflüchtende“ irrig. Die Menschen flüchten ja nicht vor der Umwelt oder dem Klima, sondern vor der von den Industriestaaten vornehmlich verursachten Erhitzung der Erde. Sie flüchten vor den Folgen des zerstörerischen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Klimafucht ist daher ein soziales und ökonomisches Problem und nicht ursächlich ein Problem des Klimas, der Natur oder der Umweltbedingungen. Durch die ungebremste Erderhitzung müssen immer mehr Menschen ihre Heimat verlassen. Die Bundesregierung (Minister Gerd Müller von der CSU) schätzte 2014 ein:

„Wir müssen mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen rechnen“.

Das 2015 angeblich nicht zu bewältigende „Flüchtlingsproblem“ wird demnach zukünftig 6 - 7 Mal größer sein. UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat bereits 2006 auf dem Klimagipfel in Nairobi eingeschätzt:

„Der Klimawandel gefährdet die Welt- Ernährung und könnte die Grundlagen gefährden, von denen fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt“.

Da die Verursacher der Erderhitzung – wenn wir den Begriff Klimagerechtigkeit“ ernst nehmen – die Klimaflüchtenden gerechterweise aufnehmen müssen, wird dieses Problem in einigen Jahren ein politischer Brennpunkt werden.

Klimaflüchtende befinden sich in einem rechtlichen Niemandsland. Umweltflüchtende sind im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nicht als „Konventions-Flüchtlinge“ anerkannt. Anerkannt werden nur die, die wegen ihrer Rasse, Religionszugehörigkeit, Nationalität, oder politischer Überzeugung **persönlich verfolgt** werden. Dagegen sind nach der Konvention persönliche Notlagen, Hunger, gravierende wirtschaftliche Probleme, Krieg, Umweltdegradation und Naturkatastrophen kein Grund zur Anerkennung als Flüchtling. Hier fehlt die „individuelle Verfolgung“, die zur Anerkennung notwendig ist. Auch das Protokoll der Rechtsstellung von Flüchtlingen von 1967, das 150 Staaten ratifiziert haben, kennt keine Umweltflüchtenden. In UN-Papieren taucht der Begriff „Umweltflüchtling“ (environmental refugee) erstmalig 1985 auf (Essam El-Himawi). In der Agenda 21 von Rio wurde 1992 in Kapitel zwölf der Begriff „Klimaflüchtling“ genannt, ohne dass damit eine Rechtsstellung verbunden war. Lediglich in Schweden, Finnland und den USA gab es die Möglichkeit, aufgrund von Naturkatastrophen ein temporäres Asylrecht zu erhalten. Erst 2015 verabschiedeten 109 Staaten die Nansen-Schutzagenda, die Maßnahmen aus den Bereichen Katastrophenvorsorge, Anpassung an die Erderhitzung oder humanitäre Hilfe enthält. 2016 wurde die „Plattform zu Flucht vor Naturkatastrophen“ in Genf ins Leben gerufen. Doch alle diese internationalen Aktivitäten führten nicht zur Anerkennung von Klimaflüchtenden mit Asylrecht. Zum Beispiel

können syrische Flüchtlinge als Kriegs-, Wirtschafts- und eben auch als „Umweltflüchtlinge“ eingestuft werden, denn mehrjährige extreme Dürre führte zu stark sinkenden Bodenerträgen, Verteilungskämpfen um Wasser und fruchtbares Land sowie zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Migration durch Erderhitzung entsteht durch fortschreitende Wüstenbildung, anhaltende Trockenheit, Mangel an Wasser zum Trinken und für die Bewässerung der Felder, Bodenerosionen durch Wind und Wasser, Wirbelstürme und Anstieg des Meeresspiegels, Versalzen der Böden bei Überschwemmung mit Meerwasser, Naturkatastrophen durch Zunahme der Stürme und Starkregen sowie durch abgehende Muren durch Auftauen des Dauerfrostbodens in den Gebirgen. Klima-Erhitzen verschärft die Armutprobleme.

Die ersten Klimaflüchtlinge waren die 980 Bewohner der Carteret-Inseln im Südpazifik, die ihre Insel verlassen mussten und umgesiedelt wurden. Der Außenminister der Marshall-Inseln hat die Erderhitzung als „**Völkermord**“ bezeichnet (Radio New Zealand, 2015).

Die nächsten 100 Jahre werden ein „**Höllenzehnjahrhundert**“ (Denis, B. 2016). Bis zum Jahr 2090 könnte der Anteil der Flächen, die von mittlerer Dürre betroffen sind, von 25 % auf 50 % ansteigen, der Anteil der von extremer Dürre befallenen Flächen würde sogar von 3 % auf 30 % ansteigen (Burke, 2006). Bei einer Erwärmung um 2 °C sind 15 bis 40 % der Arten auf der Erde in Gefahr (Thomas, C.D. 2004). Der Amazonas-Urwald kollabiert bei einer Erwärmung um 3 °C (Stern, N. 2007). In Afrika und Westasien werden die Ernten um 25 bis 35 % sinken (Warren, R. 2006). Soweit eine Auslese wissenschaftlicher Untersuchungen, die das Ausmaß der zu erwartenden Verschlechterung der Lebensbedingungen weltweit nur ungenügend zum Ausdruck bringen. 2050 werden jährlich 150 bis 300 Mio. Klimaflüchtlinge erwartet (Greenpeace, 2007). Das ist die gleiche Größenordnung, wie die Schätzung der Weltbank, wonach bis 2050 etwa 140 Mio. Klimaflüchtlinge auf dem Weg sein werden (Weltbank, 2018). Vorhersagen aus den USA sprechen von 200 Mio. Flüchtlingen bis 2050 (US Census Bureau, 2018). Die UNO hält es sogar für möglich, dass in den nächsten 30 Jahren 1 Mrd. Menschen fliehen müssen (United Nations, 2018).

Gebiete, die von der Erderhitzung betroffen sind, werden destabilisiert: Zuerst zerfallen die sozialen Netze und dann kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Die in diese Länder fließenden Hilfsmittel kommen bei den Betroffenen nicht an.

Für jedes halbe Grad Erderwärmung steigt die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts um 10 bis 20 % (Hsiang, S. 2013). Viele US-Basen, nicht nur im Inland, werden bis zum Ende des Jahrhunderts im Meer versinken, die Marshall-Inseln schon bis Mitte des Jahrhunderts (Storlazzi, C. 2018).

Das Center for Climate and Security in den USA, ein auf Staaten spezialisierter Think-Tank, kommt auf 6 Kategorien der Gefährdung durch die Erderhitzung: Dilemmastaaten, die am Welthandel teilnehmen wollen, aber Klimaprobleme haben; morsche Staaten, die aber bisher von der Erderhitzung verschont wurden; instabile Staaten, wie der Sudan, Jemen und Bangladesch, wo die Erderhitzung

bereits wirkt; verschwindende Staaten, wie z.B. die Malediven sowie nichtstaatliche Akteure, wie der IS oder die Taliban (CCS, 2017).

Die Hitze wird aber nicht nur die Struktur von Staaten auflösen, sondern auch im persönlichen Bereich zur Reizbarkeit, Konflikten und mehr häuslicher Gewalt führen. Durch den Stress wird die Anzahl der Gewaltverbrechen ansteigen (Ranson, M. 2016).

Klimaflüchtende stehen einer doppelten Ungerechtigkeit gegenüber: Die Ärmsten dieser Welt, unschuldig an der Erderhitzung, werden zuerst und am heftigsten getroffen. Sie müssen ihre Felder, ihrer Häuser, ihr Hab und Gut zurücklassen und gehen staatenlos in eine ungewisse Zukunft. Die Industriestaaten, die zu 80 % Verursacher der Erderhitzung sind, helfen finanziell und materiell völlig ungenügend und schotten sich gegen die Klimaflüchtenden ab.

Auch nach Deutschland werden Klimaflüchtende aus den EU-Staaten in großer Zahl kommen, ähnlich wie bei der Umsiedlung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten 1945/46. Es werden Millionen sein. Einige Dürrejahre in Sizilien werden die Dorfbewohner nach Norden treiben über die Alpen und sie werden sich dort ansiedeln, wo wenig Menschen leben, zum Beispiel in Mecklenburg. Diese „Umsiedler“ werden sich von der Mafia Waffen besorgen und die Polizei wird es schwer haben, die Landnahme solcher Dorfgemeinschaften zu verhindern. Aber nicht nur die Landbevölkerung wird sich nach Norden auf den Weg machen, sondern auch die Stadtbevölkerung der europäischen Südländer. In den Städten nehmen Beton und Asphalt so viel Hitze auf, dass die Temperaturen bis zu 12 °C höher als im Umland sein werden. Momentan gibt es bereits 354 Städte, in denen die durchschnittliche Höchsttemperatur im Sommer 35 °C und mehr beträgt (EPA, 2018). Die Anzahl der „wärmsten Tage“ des Jahres wird sich bis Ende des Jahrhunderts um das 100 bis 250-fache erhöhen (Coffel, E. 2017).

Der **Green Climate Fund** wurde von der UNO 2012 in Cancun errichtet. Er hat seinen Sitz in Incheon in Südkorea. In diesem Fonds sollte Geld gesammelt werden für die Minderung der Treibhausgase und zur Anpassung an die Erderhitzung in den Entwicklungsländern. Ab 2020 sollten jährlich 100 Mrd. \$ dafür bereit gestellt werden. Eine Geberkonferenz von 20 Industriestaaten brachte 2014 magere 7,4 Mrd. € zusammen. Davon aus den USA 3 Mrd. \$. Viele Industriestaaten beteiligten sich gar nicht. Dabei war das Ziel, Investitionen aus den Industrieländern in Entwicklungsländern zu finanzieren. Eigentlich ein lukratives Geschäft. Das mangelnde Interesse zeigt, wie wenig zur Lösung der Probleme getan wird (Spiegel Online, 2014).

Die wichtigste präventive Maßnahme, um die Erderhitzung zu verhindern, wäre die sofortige Senkung des Ausstoßes der Klimagase in den Industrieländern, eine Dekarbonisierung. Aber die Industrieländer sind dazu nicht bereit. Die Regierungen der Industriestaaten und die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft fahren einen Katastrophenkurs. Gegenwärtig sind nur reaktive Maßnahmen im Gespräch. Dagegen muss das Prinzip der Internationalen Lastenteilung Anwendung finden. Im Rahmen der Entwicklungspolitik der Industriestaaten werden solche Maßnahmen aber nicht angewendet.

LINKER politischer Standpunkt

Der politische Standpunkt der LINKEN könnte sein: Klimaflüchtenden gilt unsere internationale Solidarität, denn sie sind Ausgebeutete des globalisierten Kapitals. Vorrangig ist die Aufgabe, die Erderhitzung mit allen demokratisch verfügbaren Mitteln zu verhindern, damit es keine weitere Klimaflucht gibt. Hauptaufgabe ist die Durchsetzung der Dekarbonisierung bis 2035. Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik und der EU muss erhöht und auf die Bedürfnisse der von der Erderhitzung betroffenen Staaten und ihren Bürgern zugeschnitten werden und insbesondere Hilfe für die Ärmsten einschließen. Die Bundesrepublik muss sich dafür einsetzen, dass Klimaflüchtende in die Genfer Flüchtlingskonvention aufgenommen und international anerkannt werden.

Statt „Klimaflucht“ sollten wir **„Klimapolitische Migration“** bekämpfen (Felgentreff, C. 2016).

„Klimakatastrophe“

Eine Naturkatastrophe liegt vor, wenn in der Natur für den Menschen ungewöhnliche, schreckliche und unvorhersehbare Vorgänge ausbrechen. Katastrophen überziehen die Menschen naturbedingt mit einem Unglück: Erdbeben, Vulkanausbrüche, Tsunamis, Lawinen, Meeresspiegelanstieg und, was wir vor Jahrtausenden schon einmal hatten, die Sintflut. Diese Vorgänge werden als unvermeidliche Unglücke angesehen. Die Klimakatastrophe ist aber keine von der Natur ausgelöste und vom Menschen nicht beeinflussbare Katastrophe. Die Menschen lösen sie aus und bestimmen ihre Qualität und Quantität. Der Begriff Klimakatastrophe täuscht vor, dass es sich um eine Naturkatastrophe handelt. Er lenkt von den Verantwortlichen ab.

Katastrophale Schilderungen der Erderhitzung erzielen allgemeine Aufmerksamkeit. In den Medien wird von einem weltweiten Wetterumschwung, einer Katastrophe auf Raten, vom Tod im Treibhaus, der Polschmelze, dem Ozonloch, dem Klima-GAU und dem Umkippen des Golfstroms gesprochen. Es wird prophezeit, dass der Planet Erde unbewohnbar wird (Leggiewie, K. 2010), dass einzelne Kulturen untergehen werden (Welzer, H. 2008) oder dass die gesamte menschliche Zivilisation untergeht (Wiesnet, S. 2012). Doch diese Katastrophen-Szenarien paralysieren aktives Handeln und lenken von den jetzt schon spürbaren Auswirkungen der Erderhitzung im globalen Süden ab. Die dortige reale Bedrohung führte bisher nicht zu einer weltweiten Solidarität oder zu Hilfsmaßnahmen. Im Namen der Hilfe für die dortige Bevölkerung werden vor allem Rohstoffausbeutung, Abwehr von Klimaflüchtenden, Anbau von Agar-Treibstoff vorangebracht und die Katastrophenlagen noch verschlimmert.

Durch die fortwährende Wiederholung der Katastrophen-Szenarien besteht die Gefahr der Abstumpfung und Gewöhnung daran. Diese Szenarien – ohne dass die Katastrophen in der vorgestellten Schärfe jetzt schon eintreten – kann sogar dazu führen, dass katastrophale Naturveränderungen als beherrschbar angesehen werden. Cui bono? Vorteile haben davon diejenigen Kräften, die an der fossilen Wirtschaft nichts ändern wollen und die Ursachen der Katastrophen verschweigen.

„Durch die Beschwörung einer zukünftigen Katastrophe im globalen Norden werden die bereits heute stattfindenden und erlebten Katastrophen (Dürren, Überschwemmungen, Hungersnöte und Krankheiten) vor allem im globalen Süden ausgeblendet oder zumindest relativiert. Der katastrophale Status quo erscheint dadurch als relativ besser und somit akzeptabel.“ (Schmitt, T. 2016)

Anstatt die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse zu verändern, wird von den herrschenden Mächten eine ökologische Modernisierung kapitalistischer Produktionsweise forciert (Green New Deal, Green Economy, Ökologische Modernisierung). Verbote oder Grenzwerte werden weder beschlossen noch durchgesetzt. Dagegen erhalten Lösungsansätze wie zum Beispiel das risikoreiche und kostenintensive Geo-Engineering eine relative Aufwertung. Dadurch wird die kapitalistische Produktionsweise sogar stabilisiert.

Wenn die LINKE zukunftsfähige Politik betrieben will, muss sie die Erderhitzung und die zukünftigen Katastrophen als Ausgangspunkt für den **Umbau der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse** nutzen und die Verursacher der Katastrophen anprangern und bloßstellen. Sie muss letztlich eine **gesellschaftliche Revolution** fordern.



Abbildung 5: Seebrücke Münster - Recht auf Flucht via Flickr

10. Erderhitzung und soziale Frage

Es gibt die übereinstimmende Auffassung, dass die Erderhitzung in vielen Gebieten zu Hunger, bewaffneten Konflikten, Massenwanderungen, Eigentumsverlust und sozialer Ungleichheit führt. Schuld an diesem Zustand ist die im Zuge der rasanten kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung herausgebildete „Imperiale Lebensweise“ (Brand, U. 2017).

Die ökologische Krise wird meistens als eine vom Gesellschaftssystem unabhängige Umweltkrise wahr genommen. Sie ist aber primär eine Krise des kapitalistischen Systems. Doch die vorherrschenden Konsummuster werden nicht in Frage gestellt und der Zusammenhang zwischen ökologischer und ökonomischer Krise wird geleugnet. Die die Natur zerstörenden Lebensstile werden von den Regierenden nicht etwa angezweifelt, sondern unterstützt, sie verfestigen sich und verbreiten sich über den Globus, als „American Way of Live“. Auch die zahlreiche chinesische Oberklasse will diesen Lebensstil. Die Mittelschichten eifern den Konsummustern der Oberschicht nach, die soziale Differenzierung im Land wächst. Selbst die Entwicklungsländer, von der Erderhitzung bereits schwer getroffen, stellen den Weltmarktkuchen nicht in Frage, sondern wollen nur mehr abhaben. Es wird nicht begriffen, dass die Erderhitzung eine globale soziale Frage ist, und nicht eine sozial neutrale künftige Natur-Katastrophe (Brand, U. 2017).

Positionen der Think-Tanks

Die **Konrad-Adenauer-Stiftung** hat dazu eine Studie anfertigen lassen (KAS, 2016). Ergebnis dieser Studie ist, dass die Bundesregierung „eine entschlossenere Klimapolitik“ und ein „entschlossenere nationale und globale soziale Komponente“ entwickeln muss. Es müsse mehr Geld im Kampf gegen die globale Armut zur Verfügung gestellt werden. Erkannt wird auch, dass die Verknappung und Verteuerung der fossilen Brennstoffe zu einer überproportionalen Belastung der Einkommensschwachen führt. Die beschlossenen Steuererleichterungen und Förderprogramme würden die Schichten mit hohem Einkommen begünstigen. Außerdem würden eben die Menschen im globalen Norden auf Kosten der Menschen im globalen Süden leben. Diese Erkenntnisse nimmt die Bundesregierung trotz der CDU/CSU-Dominanz offensichtlich nicht zur Kenntnis. Vorgeschlagen wird ein Emissionshandel mit den Ländern des Südens, der 2050 zu einer Emission von 0,5 t/a und Kopf führen soll. Dadurch könnte der Hunger gebannt werden und wir können so weiter leben wie bisher.

Die **Friedrich-Ebert-Stiftung** hat eine Vision: Emissionsarme, ressourcenschonende und sozial inklusive Wirtschaftssysteme, die allen Menschen die Chance für ein gutes und menschenrechtsbasiertes Leben gibt. Das soll über einen gerechten Strukturwandel und bei Wirtschaftswachstum erreicht werden. Konkrete Wege und Maßnahmen fehlen aber, es bleibt ein sozialdemokratischer Wunschtraum (FES, 2019).

Die **Heinrich-Böll-Stiftung** hat mehrere Studien zum Problem der sozialen Auswirkungen der Erderhitzung vorgelegt. Die Verwundbarkeit (Vulnerabilität) der Regionen durch die Auswirkungen

der Erderhitzung steht immer in Verbindung mit den sozialen und politischen Verhältnissen in den Regionen und erhöht die Auswirkungen besonders bei der ärmeren Bevölkerung. Es ist immer eine sozial-ökologische Verwundbarkeit vorhanden. Durch die Erderhitzung wird besonders die Nahrungssicherheit untergraben und damit das Menschenrecht auf selbstbestimmte Gewinnung von Nahrung. Es besteht ein Recht auf Wiedergutmachung gegenüber den Verursachern der Erderhitzung. Diese Erkenntnisse wurden aber von den Grünen in Regierungsverantwortung nicht umgesetzt (HBS, 2019). Die Grünen wollen die Wirtschaft nicht grundlegend verändern, sondern nur ökologisch modernisieren. Das soll über Divestment bei Investitionen in fossile Brennstoffverwertung und den Abbau von klimaschädlichen Subventionen (50 Mrd. €) erfolgen. Die Verbraucher*innen werden nicht aufgefordert, ihren Lebensstil grundlegend zu ändern (Grüne, 2019).

Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** wird da schon klarer in ihren Aussagen: Die Erderhitzung ist kein reines Umweltproblem, sondern die ethisch-politische Herausforderung unserer Zeit. Sie führt zu Armut, Flucht und Konflikten um die Ressourcen. Die armen Länder des Südens sind stärker betroffen und können sich weniger gut schützen, eine doppelte Ungerechtigkeit. Deshalb müssen „neue Formen des Wirtschaftens“ gefunden werden, „Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich grundlegend wandeln“ (RLS, 2019).

Auch „**Brot für die Welt**“ hat sich klar geäußert: Auf Grund von Wetterextremen verloren 600.000 Menschen in den 20 Jahren von 1992 bis 2012 ihr Leben. Seit 1980 haben sich die Versicherungssummen durch Wetterextreme verdreifacht. Von 2008 bis 2013 sind 140 Mio. Menschen zu Klimaflüchtenden geworden. Schlussfolgerung: Mehr Geld für die Armen von den Reichen (Brot für die Welt, 2016).

Ökologische Plattform bei DER LINKEN

Willkommen über uns unsere Angebote Service Termine ÖPF vor Ort

Willkommen bei der Ökologischen Plattform

... und in der nächsten Stunde
belehre ich Euch, warum jede Steine
nicht speigeln kann und wird
nicht alle Hochspannungsleitungen
brechen müssen :))

Lehrer Ahnener erklären Schülern die Öko. ©: Ahn' / mease

Auf der Internetseite von ökologisch engagierten Mitgliedern und Sympathisanten der LINKEN Internationen Sie zahlreiche Texte, Fotos und Dokumente über die Tätigkeit der Ökologischen Plattform bei DER LINKEN. Wir bereiten uns, das ökologische Profil der LINKEN umfassender zu verankern. Helfen Sie dabei mit!

Wenn Sie Interesse daran haben, dann nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Wir laden Sie dann zu Veranstaltungen ein und Sie können die „Tarankef“, die Mitgliederzeitschrift der Plattform, regelmäßig erhalten.

Um bei uns mitzuwirken, ist es nicht erforderlich, Mitglied der LINKEN zu sein. Wir arbeiten mit Sympathisanten gleichberechtigt zusammen.

Es wäre schön, von Ihnen zu hören!

Neues

- Meltem Stein hin zu wellbewerterfähiger sozialer Wassersparking 1.11.2019
- Ein künstlerisches Blatt produziert Synthesegas 1.11.2019
- politische Abstimmungserklärung und weiterer Gestaltungsspielraum 31.10.2019
- Dramatische Reduzierung der Fangquoten in Nord- und Ostsee 30.10.2019
- Abströmen jetzt 29.10.2019
- Merkel muss und Ökologie – Vortrag auf der Rosa Luxemburg Akademie in Essen! 25.10.2019
- (K)lasse: automatische Revolution 27.10.2018
- Erde: Gelände! 26.10.2019
- Kongress Einladung 26.10.2019
- Internationales Klimaaktionswochenende 25.10.2019

Kommentare

- Wolfgang Borchardt bei politische Arbeitsklärung und weiter Gestaltungsspielraum
- GSZ Brandt bei Klimakrise – eine Zerreißprobe für die Ökologen der LINKEN?

Abbildung 6: Internetauftritt der Ökologischen Plattform

11. Klimagerechtigkeit in Europa

Gegenwärtig sind Veränderungen durch die Erderhitzung auch in Europa schon spürbar.

Im Mittelmeerraum fällt weniger Regen im Sommer. Starkregen und Hochwasser werden häufiger und intensiver. Die landwirtschaftlichen Erträge werden abnehmen. Es kommt zur Versteppung ganzer Regionen. Die Waldbrände nehmen zu (Portugal, Griechenland), Blaualgen in den Seen behindern den Badespaß in allen Ländern im Mittelmeerraum. Die Landwirtschaft wird sich in diesen Regionen auf Schaf- und Ziegenhaltung umstellen müssen. Die Ernährungsgrundlage wird erheblich eingeschränkt.

In Deutschland ist vor allem das Einzugsgebiet der Elbe betroffen, in dem immer weniger Niederschläge fallen. Regionen mit sandigem Boden, Brandenburg und die Lausitz, werden versteppen und zu Savannen. Zwar wird die Regenversorgung im Rhein- und Donauegebiet besser und die Vegetationszeit länger, was höhere Ernten verspricht, aber durch Starkregenfälle besteht die Gefahr der Bodenerosion und Verlust von Anbauflächen. In der Landwirtschaft sind viele Anpassungsmaßnahmen noch nicht als Aufgabe erkannt und werden ungenügend vorbereitet. 2018 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1880. Die Anzahl der Naturkatastrophen hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt: Stürme, Überflutungen, Starkregen und Hagel. Gletscher schwinden, Bäche trocknen aus, der Grundwasserspiegel sinkt kontinuierlich, die Jahreszeiten verschieben sich, Dürre- und Hitzeperioden werden länger und extremer.

Die Hitzewelle in Europa 2003 hat 37.000 Menschen durch Hitzetod das Leben gekostet (Caritas international. 2009). Die Artenvielfalt sinkt, die Erträge werden in einigen Regionen immer häufiger ausfallen.

Bis zum Ende des Jahrhunderts werden die Alpen eisfrei und alle Gletscher abgeschmolzen sein. Bereits jetzt sind 35 % der Gletscherflächen abgetaut. Es fällt weniger Schnee und bestimmte Ferienorte können nicht mehr als Wintersportorte gelten. Es kommt zu vermehrten Felsabstürzen an den freien Flanken der Gletschertäler und dort, wo der Permafrost aus dem Felsen verschwindet.

Ost- und Nordsee erwärmen sich. Die Nordsee ist bisher 1,2 °C wärmer geworden. Die Fischbestände wandern ins kältere Meer nach Norden, vorerst ca. 100 km weit. Die Algenbestände, Ernährungsgrundlage für viele Meerestiere, schrumpfen.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg des Meeresspiegels um mindestens 1 m bis zur Jahrhundertwende. Viele Küstengebiete in Deutschland sind betroffen, denn mit einer Erhöhung der Dämme um 1 m ist es nicht getan. Es kommen stärkere Sturmfluten. Die Niederlande liegen zum großen Teil heute schon unter dem Meeresspiegel. Im Falle einer Flutkatastrophe werden die Hochwasserbauwerke nicht standhalten. Wir werden die Niederländer als Klimaflüchtende in Deutschland begrüßen können.

Die Ernährungsgrundlage in Europa wird geschwächt, wenn kein Gemüse mehr aus Spanien und Italien mehr importiert werden kann, weil dort die Wasserversorgung der Landwirtschaft zusammenbricht.

Alle diese Entwicklungen werden viele Menschen bewegen, in kühlere Gebiete auszuwandern. Insbesondere ältere Menschen aus dem Mittelmeerraum werden in die nördlichen EU-Länder kommen. Bisher herrscht Freizügigkeit. Doch es wird dann wieder zu nationalen scharf bewachten Grenzen kommen, die diesmal nicht Afrikaner*innen, sondern EU-Bürger abwehren. Hoffentlich haben Klimaflüchtende bis dahin ein Asylrecht.

Soziale Spaltung

Ein bisher wenig untersuchtes Gebiet ist die Erfassung der Unterschiede in der Ressourcenbeanspruchung innerhalb der Bevölkerung eines Landes. Der Energieverbrauch einer Person hängt stark von ihrem Einkommen und ihrem Bildungsstand ab. In unteren Einkommensgruppen (unter 10.000 € Jahreseinkommen) liegt er im Durchschnitt bei 10.000 kWh pro Jahr. Bevölkerungsschichten mit mehr als 3.000 €/a Einkommen verbrauchen das Doppelte: ca. 20.000 kWh/a. Das liegt an größeren Autos, häufigerem Fahren, der größeren vollbeheizten Wohnung und häufigeren Flugreisen¹¹. Diese Lebensweise mit hohem Energie-Verbrauch betrifft etwa 20 % der Bevölkerung. Die hohen Einkommensschichten haben bei Urlaubsreisen einen 5 Mal höheren Energieverbrauch als die unteren Einkommensschichten. Da die privaten Haushalte insgesamt etwa 25 % des Gesamt-Energieverbrauchs Deutschlands verursachen, müssten vor allem die Gutverdiener Energieeinsparungen vornehmen, um zur Energiegerechtigkeit im eigenen Lande beizutragen (BMU, 2016 und Umweltbundesamt 2019).

Sarkastisch könnte man sagen: Arme Menschen sind gut fürs Weltklima: Sie reisen weniger, haben kleine Wohnungen, erzeugen weniger Müll. Die Umwelt profitiert vom geringen Einkommen. Ziel muss es aber sein, die Schere zwischen Arm und Reich beim Einkommen schrittweise zu schließen. Es gibt, fast 30 Jahre nach der deutschen Einheit, auch noch ein Gefälle zwischen Ost und West. Die Ostdeutschen verbrauchen im Durchschnitt 10 % weniger Energie als Westdeutsche (Bundesumweltamt, 2019).

Da eine weitere Steigerung der durchschnittlichen Klimagas-Emissionen inakzeptabel ist, müssen sich sowohl die Besserverdienenden als auch die Bezieher*innen mittlerer Einkommen beim Energieverbrauch und den Emissionen einschränken.

11 siehe Kap. 2: „Lebensweise“

12. Zusammenfassung: Linke Forderungen

- Die Industrieländer mit ihren hohen Schadgasemissionen sind aus sozialen und ethischen Gründen verpflichtet, den Betroffenen in den Entwicklungsländern zu helfen, die nicht die Verursacher der Erderhitzung sind. Nicht über Investitionen, die von Firmen der Industrieländer in den armen Ländern durchgeführt werden, sondern unmittelbar bei den Betroffenen selbst ohne bürokratische Umwege, die zum Versickern der Mittel führen. Zentrale Aufgabe ist die Sicherung der Ernährung dieser betroffenen Menschen durch Wasserversorgung, Bereitstellung dürreresistenter Pflanzensorten, Sicherung der Energieversorgung durch Photovoltaik usw.
- Zurzeit leben etwa 2 Mrd. Menschen in fragilen Ökosystemen arider und semiarider Gebiete, die mit einer weiteren Verschärfung der Wasserknappheit rechnen müssen (caritas international, 2009). Weitere 634 Mio. Menschen leben in Niederungen und Deltagebieten und sind durch den Meeresspiegelanstieg unmittelbar gefährdet (Caritas international, 2009). Industrieländer mit geringer Bevölkerungsdichte müssen die Klimaflüchtlinge aufnehmen, ihnen Land zur Verfügung stellen und sie mit Produktionsmitteln ausstatten, damit sie sich selbst ernähren können. In erster Linie sind das die USA und Kanada, die ohne weiteres 500 Millionen Flüchtlinge aufnehmen könnten. Aber auch Russland kann, wenn es in der Taiga und Tundra wärmer wird, noch 50 Mio. Menschen aufnehmen. Auch die Nordländer Schweden und Finnland können ihre Bevölkerung verdoppeln.¹²
- Die Bürger in den Industriestaaten haben die Pflicht, ihren Energie- und Materialverbrauch um 80 % zu senken, sonst kommt es zum Kollaps. Das ist unpopulär und mit Mitteln der Propaganda nicht durchsetzbar. Deshalb muss die Regierung auf die Industrie einwirken, um durch Verdopplung/Verdreifachung der Garantiepflcht, Durchsetzung der Reparaturfähigkeit der Geräte und Maschinen, sowie garantierter Ersatzteilversorgung über 25 Jahre nach Herstellung den Materialaufwand um 50 bis 60 % zu senken. Der Lebensstandard muss dadurch nicht sinken.
- Im Verkehr muss die Verwendung von fossilen Kraftstoffen innerhalb der nächsten 10 Jahre eingestellt werden. Das Verkehrswesen ist auf Bahn, ÖPNV und Fahrrad umzustellen. Elektroautos lösen das Verkehrsproblem nicht. Inlandsflüge werden eingestellt, private Auslandsflüge entfallen oder werden zumindest kontingentiert.
- Die Dekarbonisierung der Wirtschaft und der Privathaushalte erfordert eine grundlegend andere Verkehrs- Energie- und Wirtschaftspolitik. Eine vom Kapital gesteuerte und abhängige Regierung kann das nicht leisten. Die Dekarbonisierung der Wirtschaft und der Privathaushalte erfordert eine grundlegend andere Verkehrs-, Energie- und Wirtschaftspolitik. Auch das kann eine vom Kapital gesteuerte und abhängige Regierung nicht leisten. Wer Klimagerechtig-

¹² Schätzung von GB – andere Zahlen sind z.T. höher.

keit wirklich will, muss die wirtschaftshörigen Parteien ablösen und die kapitalistischen Grundlagen der Wirtschaft bekämpfen.

- Die Politik der Regierung muss auch darauf gerichtet sein, die erheblichen Unterschiede in der Beanspruchung der Ressourcen durch die armen und reichen Bevölkerungsgruppen abzubauen, um insgesamt den Ausstoß an Emissionen zu mindern.

Ökologische Plattform
bei der Partei
DIE LINKE

Beiträge

zur

Umweltpolitik

Götz Brandt

**100 % ökologisch UND sozial
Notwendiger Strategiewechsel
der LINKEN**

Heft 8

DIE LINKE.

Abbildung 7: Publikation der Ökologischen Plattform: Beiträge zur Umwelttechnik

13. Literatur

- Adger, W.: Adapting to Climate Change. 2016
- Assadourian, Erik: The rise and fall of consumer cultures. 2012
- Attac, Positionspapier 2018: <http://www.fwatch.at/klima/positionspapier/>
- Attac: Klimagerechtigkeit – Was bedeutet das konkret. 2019. <https://www.attac-netzwerk.de/ag.eku/globale-klimagerechtigkeit-anti-kohle/>
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. 2017
- Brunnengräber, Achim: Die politische Ökonomie des Klimawandels. 2009
- Bundeskabinett: Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. 2008; https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das_gesamt_bf.pdf
- Bundestag. Dokumente. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw48-de-klimaschutz-580086>
- Burke, et.al. :Modelling the Recent Evolution of Global Drought and Projections for the Twenty-First-Century with the Hadley Climate Model.
- Burke, Marshall: Economic Impact of Climate Change. <https://web.stanford.edu/~mburke/climate/map.php>
- Burke, Marshall et. Al.: Global Non-Linear Effect of Temperature on Economic Produktion. Nature 527, 10/2015, S. 235 – 239. <https://doi.org/10.1038/nature15725>
- BUNBR (Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) : Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland. 2016
- Bundesumweltamt: Klimagerechtigkeit. <http://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/wer-mehr-verdient-lebt-meist-umweltschädlicher>
- Campbell, Colin: Erdöl: Der wichtigste Rohstoff der globalen Ökonomie. 2013
- Caritas international: Klimagerechtigkeit. 2009. <https://www.caritas-international.de/beitraege/klimagerechtigkeit/854846/>
- CCS (Center for Climate and Security: Epicenters of Climate and Security. http://climateandsecurity.files.wordpress.com/2017/06/1_erodingsovereiggrsty.pdf
- Coffel, Ethan et.al.: Temperature and Humidity Based on Projections of a Rapid Rise in Global Heat Stress Exposure During the 21st Century. Environmental Research Letters 13, 12/2017. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/aaa00e>
- Daly, Herman: Anthologie Toward a Steady-State Economy. 1973
- Dennis, Brady; Munis, Chris: Scientists Nearly Double Sea Level Rise Projections for 2100. The Washington Post 30. 3.2016. <https://www.climatecentral.org/news/extreme-sea-level-rise-stakes-for-america-21387>

- Dietz, Kristina: Klimaanpassung. 2016
- Dutton, Andrea et.al.: Sea-Level Rise Due to Polar Ice-Sheet Mass Loss During Past Warm Periods. Science 349. Nr. 6244/2015. <https://doi.org/10.1126/service.aaa4019>
- Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. 1880
- EPA (Environmental Protection Agency): Heat Island Effect. www.epa.gov/heat-islands
- Felgentreff, Carsten: Klimaflüchtlinge. 2016
- Greenpeace 2007: Studie. Klimaflüchtlinge. <https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/studie-klimafluechtlinge>
- Grüne im Bundestag: Klimaschutz 2019: <https://gruene-bundestag.de/themen/klimaschutz/jedes-zehntelgrad-zaehlt>
- Grüne Jugend: Bundeskongreß 2017, Resolution: Klimagerechtigkeit auf allen Ebenen – jetzt handeln. <https://gruene-jugend.de/klimagerechtigkeit-auf-allen-ebenen-jetzt-handeln>
- Hallam, Roger: Das Modell des zivilen Widerstandes. In: Wann, wenn nicht wir. Ein extinction rebellion Handbuch. 2019
- Heartfield, Gail: State of the Climate in 2017. Bulletin of the American Meteorological Society 99, Nr. 8, 2018
- Hildebrandt, Sandy: Klimawandel als ethische und politische Frage. <https://350.org/de/was-ist-klimagerechtigkeit/>
- Hsiang, Solomon et. Al. : Quantifying the Influence of Climate on Human Conflict. Science 341, Nr. 6151.09/2013. <https://science.sciencemag.org/content/341/6151/1235367>
- Leggewie, Claus: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. 2010
- Marx, Karl; Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. 1847
- Meszaros, Istvan: Socialism and Barbarism. 2001
- Michels, Martina: Manifest. <https://www.martina-michels.de/aktuelle-debatten/manifest-fuer-klimaschutz-und-klimagerechtigkeit/>
- Müller, Tazio: Globaler Widerstand gegen den fossilen Kapitalismus. 2016. <https://www.degrowth.info/de/dib/degrowth-in-bewegungen/klimagerechtigkeit/>
- Oxfam: Extrem Carbon Inequality 10/2015 www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/mb-extreme-carbon-inequality-021215-en.pdf
- Radio New Zealand: Marshalls Likens Climate Change Migration to Cultural Genocid. 2015. <https://www.rnz.co.nz/news/pacific/286139/marshalls-likens-climate-change-migration-to-cultural-genocide>
- Ranson, Matthew: Climate, Weather and Climate. Journal of Environmental Economics and Management, 67, Nr.3 05/2014. S. 274 – 302. <https://doi.org/10.1016/j.jeem.2013.11.008>
- Ricke, Katharine et. al.: Country-Level Social Cost of Carbon. Nature Climate Change. 8.9.2018. S. 895 – 900. <http://doi.org/10.1038/s41558-018-0282-y>

- Sander, Hendrich: Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven. 2016 https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onlinestudie_Klimagerechtigkeit.pdf
- Schellnhuber, Hans Joachim: Selbstverbrennung. 2015
- Schmitt, Tobias: Klimakatastrophe. 2016
- Spiegel online: Uno-Klimafonds startet mit Finanzlücke. 2014. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/gruener-klimafonds-geberkonferenz-verfehlt-10-milliarde-dollar-marke-a-1004077>
- Steinke, Andrea: Klima, Flucht und Vertreibung. In: Wann, wenn nicht wir. Ein extinction rebellion Handbuch. 2019
- Stern, Nicholas: The Economics of Climate Change. The Stern Report. 2007
- Strategiekonferenz zur Klimagerechtigkeit. Dokumentation. www.klimacamp-im-rheinland.de/wp-content/uploads/2018/11/Strategiekonf-2019-Doku.pdf
- Storlazzi, Curt et. al. : Most Atolls Will Be Uninhabitable by the Mid 21st Century Because of Sea-Level Rise Exacerbating Wave-Driven Flooding. Science Advances 4, Nr.4. 04/2018. <https://advances.sciencemag.org/content/4/4/eaap9741>
- Strategiekonferenz zur Klimagerechtigkeit. Dokumentation. www.klimacamp-im-rheinland.de/wp-content/uploads/2018/11/Strategiekonf-2019-Doku.pdf
- Thomas, C. D. : Extinction Risk from Climate Change. 2004
- UNO (United Nations Convention to Combat Deserfication): Sustainability, Stability, Security. www.unccd.int/actions/sustainability-stability-security-3s-initiative
- US Census Bureau: Historical Estimates of World Population. <https://www.census.gov/data/tables/time-series/demo/international-programs/historical-est-worldpop.html>
- Warren, R.: Understanding the RegionallImpacts of Climate Change. 2006
- Wehling, Elisabeth: Politisches Framing. 2016
- Weltbank, Groundswell: Preparing for International Climate Migration. 2018 <https://openknowledge.Worldbank.org/handle/10986/29461>
- Welzer, Harald: Klimakriege. 2008
- Wiesnet, Sebastian: Katastrophendiskurs oder Diskurskatastrophe? 2012
- Wikipedia: Klimagerechtigkeit. <https://de.wikipedia.org/wiki/Klimagerechtigkeit>
- Wikipedia Climate Action Network: https://de.wikipedia.org/wiki/Climate_Action_Network
- Wulfhorst, Ellen: Overlooked U.S. BorderShantytowns Face Threat of Gathering Storms. 2018. <http://news.trust.org/item/20180612010021-4gkor/>
- Zhang, Zhengtao et. Al.: Analysis of the Economic Ripple Effect of the United States on the World Due to Future Climate Change. Earth Future 6, Nr. 6 vom 6.6.2018. <https://doi.org/10.1029/2018EF000839>
- Zittel, Werner: Peak Coal oder warum Kohle keine Lösung ist. 2013

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Schadgas-Fußabdruck pro Kopf und Jahr nach Ländern.....	8
Tabelle 2: Schadgasausstoß nach Wirtschaftsbereichen weltweit.....	9
Tabelle 3: Sieben größte Emittenten von CO ₂ und Methan (in CO ₂ -Äquivalenten) weltweit.....	9

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen CO ₂ -Konzentration, Temperaturerhöhung und Meeresspiegelanstieg (Dutton, A. 2015).....	6
Abbildung 2: Tarantel, Mitgliederzeitschrift der Ökologischen Plattform.....	7
Abbildung 3: Ende Gelände! von Pay Numrich via Flickr.....	17
Abbildung 4: Publikation der Ökologischen Plattform: Faltblätter.....	26
Abbildung 5: Seebrücke Münster - Recht auf Flucht via Flickr.....	31
Abbildung 6: Internetauftritt der Ökologischen Plattform.....	33
Abbildung 7: Publikation der Ökologischen Plattform: Beiträge zur Umwelttechnik.....	37

Autoren

Prof. Dr. agr. habil. Dr.-Ing. Götz Brandt

- geb. 1931
- Landwirt, LPG-Vorsitzender
- Studium der Agrar- und Ingenieurwissenschaften, Promotion Dr. agr. und Dr.-Ing., Habilitation
- Lehrstuhlinhaber für landwirtschaftliches Maschinen- und Bauwesen
- Direktor des Instituts für landwirtschaftliches Maschinen- und Bauwesen
- der Humboldt-Universität zu Berlin
- ab 1975 politische Verfolgung in der DDR
- Forschung an der Bauakademie der DDR
- Kaufmännischer Direktor der Bauakademie der DDR zur Wendezeit
- Mitglied der Geschäftsleitung eines Bauunternehmens in Dortmund
- Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der LINKEN seit 2003

Wolfgang Borchardt

- geb. 1949
- Physiker
- Tätigkeit in der Halbleiterforschung, als Technikphilosoph, Unternehmensberater im Umweltbereich, Holz- und Leimbauer, IT-Administrator
- Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der LINKEN

Übersicht über „Beiträge zur Umweltpolitik“

Zielstellung der Beiträge

Die Schriftenreihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ wird seit 2005 herausgegeben. Die Ökologische Plattform will damit einzelne Schwerpunktthemen umfassend beleuchten, Hintergrundinformationen vermitteln und Zukunftsperspektiven aufzeigen. In den Heften können die Autoren ihren Standpunkt zu Ökologischen Themen in größerem Umfang darlegen als es in Artikeln in der „Tarantel“, der Vierteljahreszeitschrift der Ökologischen Plattform, aus Platzgründen möglich wäre. Dabei geht es insbesondere auch um solche Themen, für die ein dringender Informationsbedarf besteht, andererseits aber noch nicht so viele Veröffentlichungen vorliegen. Die populärwissenschaftliche Ausrichtung der Veröffentlichungen soll einem breiten Leserkreis ermöglichen, sich auch ohne fachliche Vorkenntnisse über die jeweilige Problematik informieren zu können. Die „Beiträge zur Umweltpolitik“ bieten der Plattform außerdem die Möglichkeit, Materialien durchgeführter ökologischer Konferenzen zusammengefasst zu publizieren. Für die Abfassung der einzelnen Hefte werden Autoren - Wissenschaftler, Politiker und Umweltaktivisten -, deren Auffassungen linken ökologischer Politikvorstellungen entsprechen, durch die Plattform gewonnen und beauftragt. Wenn es sich aufgrund der Themen anbietet, erfolgt die Herausgabe zusammen mit anderen Zusammenschlüssen der LINKEN.

Bisher erschienen

Stand: November 2019

Von den bei der Plattform selbst veröffentlichte Papieraufgaben Können, soweit vorhanden, kostenlos - Spenden sind ggf. willkommen - unter der E-MailAdresse oekoplattform@die-linke.de angefordert werden.

Wir bemühen uns, vergriffene Hefte als Neuauflage nach nochmaliger Durchsicht und ggf. mit Aktualisierungen wieder zugänglich zu machen. Diese erscheinen z. T. auch im durch die Fa. Mediaservice betriebenen Onlineshop der LINKEN (<https://shop.die-linke.de>). Von den nicht beim Mediaservice erschienenen Auflagen können die PDF-Dateien im Web unter <https://www.oekologische-plattform.de> heruntergeladen werden.

Die bis 2016 verwendete Angabe von Jahr und Nummer haben wir durch eine durchgehende Nummerierung abgelöst, die Jahresangabe erfolgt nur noch im Impressum. Werden ältere Aufgaben wieder aufgelegt, erhalten sie beim Druck die zugeordnete Nummer.

- Heft 1** Brandt, Götz: „Seifenkiste mit Porschesound“ - Zukunft der Individuellen Mobilität. - 4., überarbeitete u. aktualisierte Aufl. 2017-07. (1. Aufl. Heft 2/2007: 2007-12; 1. - 3. Aufl. unter dem Titel: „Grünes Auto“ oder „Solarauto“? Ist individuelle Mobilität mit dem Auto nachhaltig möglich?)
- Heft 2** Brandt, Götz; Pöschl, Josef: Das zukunftsgerechte Einfamilienhaus. - 3. Aufl. 2013-11; Mediaservice; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr. (1. Aufl. Heft 1/2009: 2009-08)
- Heft 3** Brandt, Götz: Nachhaltiges Wirtschaftswachstum? - 2., durchgesehene u. ergänzte Aufl. 2011-05; Mediaservice.(4,00 €). (1. Aufl. Heft 1/2007: 2007-05)
- Heft 4** Scherzberg, Thomas: Konsequente Umgestaltung der Abfallwirtschaft zu einer energieeffizienten Ressourcen- und Wertstoffwirtschaft. - 2., durchgesehene Aufl. 2011-12; Mediaservice; zusammen mit BAG Umwelt Energie - Verkehr. (1. Aufl. Heft 1/2008: 2008-04)
- Heft 5** Tagung der Ökologischen Plattform, 26.11.2011 Berlin: Im Frieden und im Krieg - Militär zerstört Natur. - 1. Aufl. 2012-04; Mediaservice. Papiaerausgabe beim Online-Shop der LINKEN erhältlich (4,00 €).
- Heft 6** Kindler, Rita: Bodeneigentum - Bodenspekulation - Landschaftsfraß. - 2., verbesserte u. aktualisierte Aufl. 2013-06; Mediaservice; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr. (1. Aufl. Heft 1/2006: 2006-08)
- Heft 7** Rehmer, Christian; Cooke, Annela: Die Agro-Gentechnik - zur Zukunft der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft. - 2., vollständig überarbeitete Aufl. 2013-06. (1. Aufl. Heft 1/2005: 2004-12; von Voigt, Sabine: Fragen und Antworten zur Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung.)
- Heft 8** Brandt, Götz: „100 % ökologisch“. Notwendige Wahlkampflosungen der LINKEN. - 1. Aufl. 2013-09.
- Heft 9** Brandt, Götz: „Wohlstand“ nach der Vielfachkatastrophe. 2., durchgesehene Aufl. 2013-12; Mediaservice; zusammen mit BAG - Umwelt - Energie - Verkehr (4,00 €). (1. Aufl. 2012-10)
- Heft 10** Konferenz der Ökologischen Plattform bei der LINKEN, der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg und des Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg e. V., 15.11.2014 Paaren: Speicherung erneuerbarer Energie in den nördlichen Bundesländern. - 2., durchgesehene Aufl. 2015-04 (nur elektronisch). (1. Aufl. 2015-01)

- Heft 11** Konferenz der Ökologischen Plattform bei der LINKEN, der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg und des Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg e. V., 18.04.2015 Paaren: Strompreislügen. - 1. Aufl. 2015-09 (nur elektronisch).
- Heft 12** 2/2005 Witt, Uwe; schnell, Roland: Erneuerbare Energien Schlüssel zukunftsfähiger Energieversorgung. - 2. Aufl. 2006-02. (1. Aufl. 2015-12)
- Heft 13** 2/2006 Stocker, Gangolf: Verkehrter Verkehr. - 2. Aufl. 2010-10; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Umwelt. (1. Aufl. 2006-12)
- Heft 14** 2/2008 Energiepolitische Konferenz der Partei und Bundestagsfraktion der LINKEN, 02. - 04.11.2007 Hamburg: klima & energie macht - arbeit. - 1. Aufl. 2008-12; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr.
- Heft 15** 2/2009 Ayboga, Ercan; Rauch, Wasilis; Broekman, Annelies: Wasser im Blickpunkt des Kapitals. Wie die wichtige Ressource zur Profitquelle gemacht und zerstört wird. - 1. Aufl. 2010-01; zusammen mit BAG Umwelt Energie - Verkehr.
- Heft 16** 1/2010 Bimboes, Detlef; Brandt, Götz; Scheringer-Wright, Johanna: Zukunftsgerechte Landwirtschaft in Deutschland. 1. Aufl. 2011-05; zusammen mit BAG Agrarpolitik und ländlicher Raum beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE.
- Heft 17** 2/2010 Tagung der Ökologischen Plattform und der BAG Umwelt Energie - Verkehr, 11.09.2010 Berlin: Linke ökologische Programmatik. - 1. Aufl. 2011-05; zusammen mit BAG Umwelt - Energie - Verkehr.
- Heft 18** 1/2011 Tagung der Ökologischen Plattform, 12.03.2011 Berlin: Nachhaltige Schrumpfung der Wirtschaft bei einem sozial-ökologischen Umbau der Eigentumsverhältnisse und Produktivkräfte. - 2., geänderte Aufl. 2011-06. (1. Aufl. 2011-05)
- Heft 19** 2/2011 Brandt, Götz: Im Krieg und im Frieden - Militär vernichtet Umwelt. - 1. Aufl. 2011-11; zusammen mit BAG Frieden und Internationale Politik der Partei DIE LINKE.
- Heft 20** 1/2012 Sarkar, Saral: Der Kapitalismus untergräbt die Lebensgrundlage der Menschheit. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise verstehen - ein ökosozialistischer Ansatz. - 1. Aufl. 2012-05; zusammen mit Initiative Ökosozialismus.
- Heft 21** 1/2013 Borchardt, Wolfgang; Brandt, Götz: Sozial-ökologischer Umbau - sofort und konkret. - 1. Aufl. 2012-10.
- Heft 22** 2/2013 Bimboes, Detlef: Am eigenen Ast sägen. Wie die Wälder Brandenburgs geplündert werden. - 1. Aufl. 2013-12.

- Heft 23** 1/2014 Kindler, Rita: Kann es sozial und ökologisch angemessene Boden- und Pachtpreise für Agrarland geben? - 1. Aufl. 2015-05, zusammen mit BAG Agrarpolitik und ländlicher Raum beim PV der Partei DIE LINKE.
- Heft 24** 2/2014 Brandt, Götz: Entfremdung von der Natur. - 1. Aufl. 2016 11.
- Heft 25** 1/2015 Brandt, Götz: Produktivkräfte für eine Ökosoziale Gesellschaft. - 1. Aufl. 2015-10.
- Heft 26** Brandt, Götz; Borchardt, Wolfgang: Politische Begriffe und ihre Anwendung in der Ökologie. - 1. Aufl. 2017-01.
- Heft 27** Bimboes, Detlef: Braunkohle-Chemie - Vergangenheit statt Zukunft. Zur Kritik der Verwertung von Braunkohle zu Treib- und Brennstoffen sowie Chemieprodukten mit Anhang v. Brandt, Götz: Die Braunkohle und die Brandenburger LINKE. - 1. Aufl. 2018

